



Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 3.— Mk., bei Selbstabholung 2.75 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 9.— Mk., für 1 Monat 3.— Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 80 Pfg.) — Postcheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Straße 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Fernsprecher: 13 003.

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Pettizelle 1.25 Mk. — Die 7 gespaltene Pettizelle mit Platzvorschrift 1.50 Mk. — Die 7 gespaltene Pettizelle Familiennachrichten 1.10 Mk. Die Reklame-Pettizelle 5.— Mk. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Der Termin für den endgültigen Friedensschluß.

Noch zwei Wochen.

Abermals zwei Wochen bis zur Ratifikation! Noch zwei Wochen, bis die Rückkehr der Kriegsgefangenen beginnen kann. Die Entente-regierungen, und namentlich die Regierung Clemenceaus, haben bisher die Ratifikation gelehrt. Die deutsche Regierung aber hat durch ihre innere und äußere Politik den Entente-regierungen die Hände und die Vorwände dafür gegeben. Auf ihr lastet die Schuld an den durch die Verzögerung der Ratifikation hervorgerufenen wirtschaftlichen Schäden, an der Verzögerung der Rückkehr der Kriegsgefangenen.

Noch zwei Wochen bis zur Ratifikation — noch zwei Wochen Gasgenfreit für die Regierung, ehe sie sich in der Auslieferungfrage endgültig entscheiden muß. Noch zwei Wochen Frist bis zur Katastrophe, die Hermann Müller in ähnlichen Kassaandrängen ankündigt. Schon mehren sich die Klarnrufe in der Presse, die über die Vorgänge im Schoß der Regierung unterrichtet wird. Die Reichs-gesetzgeber für die Auslieferung, weil es für sie eine Existenzfrage ist, ob sie mit der Schuld an der noch weiteren Zurückhaltung der Kriegsgefangenen befaßt werden können, die Demokraten um der nationalen-Demagogie willen dagegen, das Zentrum geteilter Meinung, das Sprengpulver durch die Auslieferungfrage in die Regierung geworfen — das ist die Situation, wie sie die Presse der Regierungsparteien malt. Und obenoben, daß die Reaktion durch die Reichswehrkommandos die Reichswehr bearbeitet, sich der Auslieferung gewaltsam zu widersetzen.

Noch zwei Wochen, ehe die Parteien der republikanischen Mitte zu zeigen brauchen, ob sie der Reaktion von der äußersten Rechten, den preußisch-deutschen Nationalisten, der Villa Hellverich mehr als Widerstreben entgegenzusetzen imstande sind.

Inzwischen aber tut die Regierung der republikanischen Mitte gegen rechts wie immer — nichts. Sie hat mehr zu tun. Sie muß den Kampf gegen links, gegen die Arbeiterschaft führen.

Paris, 1. Januar. Wie die Morgenpresse meldet, hat gestern nachmittags in der Maison de la Presse die erste Zusammenkunft der Kommission Simon und der alliierten Vertreter zur Regelung der Fragen über das Inkrafttreten des Friedensvertrags stattgefunden. Von französischer Seite war General Peroud, von englischer Seite Renne, von italienischer Seite Savia anwesend. Von deutscher Seite nahmen an den Verhandlungen Ministerialdirektor v. Simon, Geheimrat Göppert, Graf Verchenfeld, Geheimrat Eder, Major v. Michelen und Major v. Wötischer teil.

Der Temps berichtet: Die Vertreter Deutschlands berieten sich auf die Bestimmungen des Friedensvertrags, die die deutsche Gerichtsbarkeit in den den Volksabstimmungen unterworfenen Gebieten zunächst in Kraft lassen bis zu dem Augenblick, wo die Volksabstimmung stattfindet. Die deutschen Vertreter erklärten also, daß diese Volksabstimmungsgebiete der deutschen Jurisdiktion unterworfen bleiben müßten. Daraus würde sich im besonderen ergeben, daß die dort wohnenden Personen wegen Landesverrats vor das Reichsgericht in Leipzig gestellt werden könnten. Das aber, meint das Blatt, wäre unvereinbar mit der lokalen Vorbereitung einer Volksabstimmung. Die Alliierten würden die widerrechtliche Auf-fassung der deutschen Vertreter natürlich nicht zulassen; aber die deutschen Vertreter hätten sich vorbehalten, wenn sie es für nützlich befinden, die Ansicht ihrer Regierung, ja sogar die Ansicht der deutschen Nationalversammlung, zu hören.

Zeit Veriffen meldet, man erwarte die Antwort der deutschen Regierung in bezug der schriftlich hinterlegten Zugeständnisse der Alliierten in der Scapa-Flow-Angelegenheit. Generalsekretär Dutasta und Freiherr v. Keraner hätten den 5. Januar nur als möglichen Tag des Inkrafttretens des Friedensvertrags ins Auge fassen können. Es sei aber heute schon fast sicher, daß dieses Datum überschritten werden würde. Hinsichtlich des kritischen Verhältnisses der Abstimmungsgebiete soll General Peroud alle Fragen so lösen, daß spätere Veränderungen ausgeschlossen seien. Das sei ein weiterer Grund, anzunehmen, daß der Austausch der Ratifizierungsurkunden nicht vor dem 10. ja selbst 12. Januar, erfolgen dürfte. Saint Brice behauptet im Journal, General Peroud plane noch etwa zehn Tage zu bedürfen, um die vielen juristischen, admini-strativen und militärischen Einzelheiten für die Ueberleitung der Verwaltung in den Abstimmungsgebieten zu regeln.

Nach dem Friedensschluß.

Paris, 31. Dez. Der Oberste Rat der Alliierten hörte heute morgen Dutasta, der über seine Unterredung mit Freiherrn v. Keraner Bericht erstattete, sowie General Peroud, der über die Verhandlungen zwischen den alliierten Vertretern und der von Simon präsiidierten Delegation berichtete. Der Rat einigte sich über alle Maßnahmen, die bezüglich des Inkrafttretens des Friedensvertrages vor dem 6. Januar, dem Tage, der für den Austausch der Ratifikation in Aussicht genommen ist, getroffen werden müssen. Der Rat beschloß ferner, daß der Schutz der Angehörigen der Gebiete,

in denen Volksabstimmungen vorgenommen werden sollen, im Auslande derjenigen Macht zufalle, deren Vertreter der Abstimmungs-kommission des betreffenden Gebietes präsidieren. Der Rat entschied, daß der Unterhalt der Besatzungstruppen in den Abstimmungs-gebieten jeder an der Besatzung teilnehmenden Macht obliegt. Die Rückstattung der Kosten soll durch die Macht erfolgen, der das Abstimmungsgebiet zugesprochen wird. Sofort nach Inkrafttreten des Friedensvertrages soll die deutsche Regierung die 102 000 Tonnen Schwimmböcke abliefern. Der Rest des abzuliefernden Materials ist innerhalb einer Frist von 30 Monaten abzuliefern.

Die englische Besichtigungskommission.

Die englische Besichtigungskommission ist am Mittwoch in Hamburg eingetroffen. Sie hat sich gestern vormittag in Kraftwagen nach Kiel begeben, um über die dortigen Schwimmböcke usw. Feststellungen zu machen.

Gegen die Opposition.

Berlin, 2. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Nach einem Telegramm des Berliner Tageblatts heißt Winnig Oberpräsident von Ostpreußen. Die rechtssozialistische Königsberger Volkszeitung stellt fest, daß die Überberufung Winnigs und sein Ausschluß aus der Partei nur von dem Verein Tüftel gefordert worden sei, nicht vom Bezirksvorstand. Immerhin steht fest, daß auch der Bezirksvorstand in der Volkszeitung einen Aufruf erließ, in dem er sich gegen die Aufforderung Winnigs zur Bildung eines nationalen Abwehrbündes gegen die der Provinz angeblieh drohenden äußeren Gefahren wandte. Darin war unter anderem im Hinblick auf Winnig von Phantasten die Rede, die entweder nie Politiker gewesen seien, oder den Boden der Tatsachen unter den Füßen verloren hätten.

Ein Verfahren gegen Scheidemann.

Berlin, 2. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Nachdem Scheidemann erklärt hat, er habe wegen der Behauptung von der Aushebung eines Koppreises auf die Ermordung Liebknechts ein Verfahren nicht gegen sich, sondern gegen Sonnenfeld beantragt, richtet jetzt dieser eine offene Aufforderung an Scheidemann, gegen sich selbst ein Ermittlungsverfahren einzuleiten zu lassen. Er erklärt zugleich, den Staatsanwalt namhaft machen zu wollen, der ihm seinerzeit mitgeteilt habe, Scheidemann und Ellarz hätten 100 000 Mark auf die Ermordung Liebknechts ausgelegt.

Bemerkenswert ist, was das Berliner Tageblatt im Ver-schluß an diese Mitteilung schreibt: „Wir haben uns mit der ganzen unerfreulichen Affäre nur höchst ungern befaßt, in der Erwartung, daß recht bald volle Klarheit über die Sache geschaffen werden würde. Das ist bisher nicht der Fall gewesen. Als man Unregelmäßigkeiten bei der Propaganda für die Sparprämienanleihe festgestellt zu haben glaubte, wurde sofort eine amtliche Untersuchungskommission eingesetzt. Es gilt nun, daß man auch nicht zögern sollte, die Affäre Ellarz vor eine solche Kommission zu bringen. Das ist um so notwendiger, als das von Scheidemann gegen Sonnenfeld (Sohn) beantragte Ermittlungsverfahren praktisch ja gegenstandslos ist, da sich Sonnenfeld (Sohn) im Ausland befindet.“

Die Forderung nach der Veröffentlichung der französischen Kriegsdokumente.

Populaire schreibt bei Besprechung des neuen Gelbbuchs über die französisch-italienischen diplomatischen Verhandlungen in den Jahren 1900 bis 1902 u. a.: Was uns heute interessieren würde, das sind nicht die Abkommen über Marokko und Tripolis, sondern die Abkommen, die während des Krieges zwischen den Alliierten abgeschlossen wurden und die den Einfluß auf die Entwicklung des Konfliktes ausüben haben. Dant der Sowjet sind einige von ihnen veröffentlicht, aber wir wissen, daß die Archive von Petersburg eines Teils ihres Inhalts durch die Minister des Jaren verbrannt wurden, und daß ein anderer Teil während der gemäßigten Revolution verschwunden ist. Ein Gelbbuch, das zu lesen sich lohnte, würde das sein, das die Dokumente enthält, die von 1912 bis 1914 zwischen Paris, London und Petersburg ausgetauscht wurden, sowie die Depeschen, die von 1914 bis 1918 über die verschiedenen politischen Gegenstände zwischen den Kabinetten der Entente gewechselt wurden. Niemand denke daran, sie zu veröffentlichen. Das Land habe jedoch ein Recht, sie kennen zu lernen. Wenn die sozialistische parlamentarische Gruppe Ausklärungen nach dieser Richtung verlangen würde, so würde das einen Tumult in der Kammer hervorrufen, aber das französische Proletariat würde diesem Vorschlage Beifall zollen. Sätten nicht alle sozialistischen Kandidaten die Geheimdiplomatie verurteilen?

Das Betriebsrätegesetz.

Am 13. Januar beginnt in der Nationalversammlung in Berlin die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Betriebsräte. Ein letzter Schlag gegen den Rest der revolutionären Rätebewegung in Deutschland soll geführt werden. Nachdem die Arbeiterräte, die politischen Organe der proletarischen Revolution zum großen Teil verschwunden sind, und zum andern Teil, soweit sie noch weiter vegetieren, zu Organen geworden sind, deren Zweck nichts weniger als revolutionär ist, indem sie der bürgerlichen Verwaltung die Arbeit erleichtern und ihr zu einem Teil die Verantwortung abnehmen, sind die Betriebsräte, wie sie im Verlaufe der Revolution von der Arbeiterschaft geschaffen und ausgebaut worden sind, der letzte Rest der revolutionären Rätebewegung. Diese Betriebsräte haben sich in vielen Gegenden Deutschlands in wichtigen Industriegruppen in schwierigen und harten Kämpfen achtunggebende Positionen errungen. In ihnen kommt zu einem guten Teil die wirkliche Macht der Arbeiterschaft zum Ausdruck. Ihr Wirken hat den Betrieben, wo sie wirklich bedeutenden Einfluß haben, die das Machtbewußtsein der Arbeiterschaft dem Unternehmertum gegenüber mächtig gestärkt. Diese Betriebsräte sind die Elemente, auf denen sich eine neue revolutionäre Rätebewegung der deutschen Arbeiterschaft aufbauen wird.

Die bürgerliche Gesellschaft, die regierenden Parteien jehen deshalb in den revolutionären Betriebsräten, und nun gar erst in dem Versuch ihrer Zusammenfassung eine überaus gefährliche Bedrohung. Sie fürchten sie ebenso sehr, wie sie in der ersten Zeit der Revolution die politischen Arbeiterräte gefürchtet haben. Daher der Versuch, durch die Schaffung eines Gesetzes über die Scheinbetriebsräte, das in Wahrheit ein Gesetz gegen die Betriebsräte ist, dem Wirken der wirklich revolutionären Betriebsräte ein Ende zu machen und dem Versuch, sie erneut ins Leben zu rufen und ihr Wirken im sozialistisch revolutionären Sinne auszu-tauschen, eine Schranke entgegenzusetzen.

Am diesem Gesetz und an seiner Veränderung im Laufe der Monate spiegelt sich das Erstarken der Gegenrevolution in Deutschland. Die Vorläufer des Gesetzes, die Verordnungen und Vereinbarungen der Regierung über die Betriebsräte hatten ihren Ursprung in der Furcht vor dem kämpfenden Proletariat. Als seinerzeit die Regierung Scheidemann brutal ihren Willen aussprach, dem Räte-system überhaupt ein Ende zu machen, als sich die Arbeiterschaft in Rheinland-Westfalen, in Mitteldeutschland und Berlin erhob, um die revolutionären Einrichtungen zu verteidigen und den Beginn der Sozialisierung zu erzwingen, da sah sich die Regierung genötigt, trotz ihrer großsprecherischen Erklärungen, mit den kämpfenden Arbeitern zu pa-kizieren und ihnen die Betriebsräte zuzugestehen. Damals zeigte sich die Schwäche der Nationalversammlung gegen-über der kämpfenden Arbeiterklasse. Sie war für die Regierung keine genügend starke Rückenbedeckung, als daß diese die Forderungen der Arbeiterschaft glatt hätte abweisen können. Damals gestand die Regierung den Betriebsräten, die sie anerkannte, in den Betrieben selbst Funktionen zu, die weit über das hinausgehen, was jetzt in dem Betriebs-rätegesetz niedergelegt ist. Immerhin waren diese Zuge-ständnisse damals ungenügend, denn die Regierung hielt fest an ihrem Standpunkt, daß die Parität mit dem Unter-nehmertum gewahrt bleiben müsse. Die Zugeständnisse für das kämpfende Proletariat in Mitteldeutschland wie in Berlin auf Grund dieser Zugeständnisse den Kampf abbrechen konnten. Die sächsische Regierung ließ damals der streifen- den Leipziger Arbeiterschaft erklären, daß sie die Betriebs-räte anerkennen wolle, daß sie ihnen in allen Fragen der Betriebsführung, der kaufmännischen und technischen Angelegenheiten ein Mitrederecht zugesteh, daß sie für befugt halte, in allen Fragen der Produktion und des Ab-satzes mitzureden und Einsicht zu nehmen in alle Geschäftsbücher ihres Betriebes. Während damals also der Arbeiterschaft das Recht zugestanden wurde, sich alle geschäftlichen Angelegenheiten ihres Betriebes restlos offenlegen zu lassen, gibt das Betriebsrätegesetz, wie es heute vorliegt, ihnen nicht einmal das Recht, sich eine Bilanz nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs vorlegen zu lassen. Daran zeigt sich in der Tat, wie stark seitdem die Gegen-revolution in Deutschland geworden ist.

Je mehr der Druck der Klassenbewußten Arbeiterschaft nachließ, um so mehr wurden die Zusagen der Regierung

von Beginn des Jahres durch die Regierung wie durch die Nationalversammlung eingeschränkt und sabotiert. Es fand der Regierung nicht darauf an, der Arbeiterschaft gegenüber wortbrüchig zu werden. Sie arbeitete ein Betriebsrätegesetz aus, wobei sie den Wünschen der bürgerlichen Parteien weit nachgab. Jetzt aber betrachten sie dies Gesetz nicht mehr als eine unbequeme Konzession, die ihr die Arbeiterschaft im Kampfe abgerungen hatte, sondern ihre Arbeit an dem Gesetz wurde getragen von dem Bestreben, es nicht zu einem wirklichen Erfolg für die Arbeiterschaft, sondern zu einer Waffe gegen den Klassenkampf des Proletariats zu machen. Der Zweck des Gesetzes wurde offensichtlich, den bestehenden revolutionären Betriebsräten ein Ende zu machen, das Entsetzen und das Wirren neuer wirklicher Betriebsräte zu verhindern, und zugleich durch die Schaffung von Scheinbetriebsräten, denen man Funktionen gab, die mit der Aufgabe wirklicher Betriebsräte als Organe der Sozialisierung zu dienen, nichts zu tun haben, durch das Spiel mit den Worten Betriebsrat und Arbeiterrat Verwirrung in die Arbeiterschaft zu tragen.

Das Betriebsrätegesetz der Regierung darf nun seines Charakters willen nicht losgelöst von dem gesamten Gesetzgebungswerk der Regierung auf sozialem Gebiete betrachtet werden. Es ist ein Teil dieser Gesetzgebung, und seine wahre Bedeutung wird erst erkennbar, wenn man es im Zusammenhang mit den übrigen Gesetzen und Gesetzentwürfen betrachtet, mit denen es in organischer Verbindung steht. Im Zusammenhang mit diesem Betriebsrätegesetz steht ein angefordertes Gesetz über die „Wirtschaftsräte“ und über die „Arbeiterräte“, ein Gesetz über das „obligatorische Schiedsverfahren“ und ein Gesetz über die „produktive Arbeitslosenunterstützung“. Im Zusammenhang damit aber stehen auch die praktischen Maßnahmen der Regierung auf sozialem Gebiete, die Unterdrückung von Streiks durch die Militärdiktatur, die Schaffung und die Einsetzung der technischen Rathilfe.

Die Maßnahmen der Regierung auf dem Gebiete der Geschäftsführung wie der Verwaltung zielen auf die Herbeiführung eines Wirtschaftsfriedens ab, in dem die Führung des Klassenkampfes auf das äußerste eingeschränkt werden soll. Das Betriebsrätegesetz soll ergänzt werden durch das Gesetz über das obligatorische Schiedsverfahren durch ein ausgeprochenes Antistrikegesetz nach dem Vorbild des Hilfsdienstgesetzes genannten Zwangsarbeitsgesetzes während des Krieges. Der organisatorische Neuaufbau der Betriebsräte soll in „Arbeiterräten“ und in „Wirtschaftsräten“ bestehen. Diese sogenannten „Arbeiterräte“, wie sie die Regierung projektiert, haben nicht das geringste zu tun mit den revolutionären Arbeiterräten. Sie sollen ebenso nicht die organisatorische Zusammenfassung der Betriebsräte darstellen. Sie sollen gewählt werden auf Grund einer allgemeinen Wahl nach dem Muster der Parlamentswahlen, ihre Aufgaben sollen durchweg auf dem Gebiete der Sozialpolitik in der engsten Begrenzung des Begriffes liegen. Sie sollen etwa den Arbeiterkammern entsprechen, die die Sozialdemokratie früher forderte. In der Begrenzung ihrer Funktionen, in der Ausschaltung alles dessen, was sie zu wirklichen Organen der Sozialisierung machen könnte, zeigt sich, daß die Regierung auch diese sogenannten „Arbeiterräte“ und den auf sie aufgebauten Reichsarbeitsrat ebenso wenig als Träger der Sozialisierung will wie die Betriebsräte. Die Behandlung wirtschaftlicher Fragen, die Beeinflussung der Produktion auf dem Umweg über die Gesetzgebungskörper will die Regierung nicht reinen Arbeitervertretungen geben, sondern sogenannten „Wirtschaftsräten“, in denen Arbeiter und Unternehmer paritätisch vertreten sein sollen unter Anteilnahme der Regierung. Was es mit solchen Wirtschaftsräten auf sich hat, das zeigt der Kohlenwirtschaftsrat, der unlängst zusammengetreten ist, nachdem er seit mehr als einem Jahre gesetzlich beschlossen war, und in dem der Unternehmereinfluß weit überwiegt.

Das Betriebsrätegesetz der Regierung beruht durchaus auf dem Gedanken der Parität zwischen Unternehmern und Arbeitern. Dieser Gedanke der Parität aber steht in diametralen Gegensatz zu dem revolutionären Gedanken der Betriebsräte. Alle Bestrebungen der Arbeiterschaft, durch das Mitbestimmungsrecht, das ihnen bei dieser paritätischen Regelung angeblich zugestanden wird, wirklichen Einfluß zu erlangen, müssen an den Profitinteressen des Kapitals scheitern. Die kapitalistische Eigentumsordnung duldet keinen Einfluß der Arbeiterschaft, der von Wert für den Klassenkampf der Arbeiterschaft wäre. Will die Arbeiterschaft zu Einfluß im Betriebe gelangen, so muß die durch die Interessen des Kapitals gezogene Grenze zertrümmert werden, der Unternehmer seines entscheidenden Einflusses beraubt werden. Und nun gar erst in einem sozialistischen Staat ist der Gedanke der Parität ein vollkommenen Unsinn. Sozialismus bedeutet die Aufhebung der Klassenunterschiede, die Parität legt die Verewigung der Klassenunterschiede voraus. In einem sozialistischen Staat gibt es keine Unternehmer und keine Proletarier mehr, sondern nur noch Arbeiter zum Wohle der Gesamtheit. Die Herbeiführung des sozialistischen Staats erfordert deshalb die Ausschaltung des Unternehmertums als Klasse, nicht seine Erhaltung und Befestigung durch die Anerkennung der Gleichberechtigung mit der Arbeiterschaft. Der Gedanke der Parität, auf den die Regierung aufbaut, ist deshalb nichts anderes als der Versuch, den Kapitalismus zu verewigen.

Einem Betriebsrätegesetz, das auf der Grundlage der Parität beruht, und das deshalb die Betriebsräte, die Organe zum Vorwärtstreiben sein sollten, zu Organen der Erhaltung des kapitalistischen Systems macht, können deshalb die bürgerlichen Parteien im Prinzip ihre Zustimmung geben. Diese prinzipielle Zustimmung ist auch bis weit in die Parteien hinein vorhanden, die heute von rechts her den Kampf gegen das Betriebsrätegesetz führen. Die Betonung des reinen und nackten Machtpunktes des Unternehmertums kommt zum Ausdruck nicht nur in der Gesamt ablehnung des Gedankens des Gesetzes, sondern vor allem auch in der Art, wie das Gesetz im einzelnen gestaltet werden soll. Darüber sind hinter den Kulissen langwierige Kompromißverhandlungen zwischen den Regierungsparteien geführt worden. Bei diesen Kompromißverhandlungen hat die rechtssozialistische Partei den bürgerlichen Regierungsparteien nicht nur das entscheidende Zugeständnis der paritätischen Grundlage gemacht, sondern sie hat darüber hinaus in wichtigen Einzelfragen die Interessen

der Arbeiterschaft verkauft um der Aufrechterhaltung der Regierungskoalition mit den bürgerlichen Parteien willen.

Die parlamentarische Behandlung dieses Gesetzes entspricht durchaus seinem Charakter als Gesetz gegen die Massenbewusste Arbeiterschaft. Die öffentliche Behandlung dieses Gesetzentwurfs war bisher eine Farce, und die Schlussberatung in der Nationalversammlung ist von den Rechtssozialisten im gleichen Stile geplant. Die erste Lesung dieses Gesetzes wurde seinerzeit in Weimar an einem Vormittag durchgepeitscht, die zweite und dritte Lesung soll nach dem Plane der Rechtssozialisten in 2-3 Tagen erledigt werden. Diese Eile der Rechtssozialisten ist nicht ohne Grund. Der Unterschied zwischen den Versprechungen der Regierung von Beginn des Jahres und dem, was jetzt Gesetz werden soll, ist so groß, die Verschlechterung selbst des Regierungsentwurfs durch die Kommission der Nationalversammlung, denen die Rechtssozialisten in den Kompromißverhandlungen ihre Zustimmung gegeben halten, ist so ungeheuerlich, die Tatsache, daß durch dieses Gesetz der Massenbewussten Arbeiterschaft wertvolle Positionen, die sie sich erkämpft und bisher behauptet hat, geraubt werden sollen, ist so deutlich, daß die rechtssozialistische Partei die Wählung in einer eingehenden parlamentarischen Beratung des Gesetzes fürchtet. Sie möchte die Täuschung aufrechterhalten, daß sie mit diesem Gesetz einen Fortschritt für die Arbeiterschaft verwirklicht. Sie fürchtet, daß durch eine eingehende parlamentarische Beratung das Täuschungsmanöver durchkreuzt werden könne.

Inzwischen aber hat die Massenbewusste Arbeiterschaft erkannt, was es mit diesem Gesetz auf sich hat. Die Bewegung gegen dieses Gesetz unter der Arbeiterschaft wächst. Protestaktionen dagegen haben eingesetzt. Jetzt, wo die endgültige Verabschiedung dieses Gesetzes bevorsteht, muß diese Protestaktion über ganz Deutschland in verstärktem Maße einsetzen. Die Arbeiterschaft selbst muß den Rechtssozialisten ihren Protest gegen das Gesetz gegen die Betriebsräte, ihren Willen zur Sozialisierung machtvoll zu erkennen geben, wenn diese in der Nationalversammlung darangehen, den letzten Schlag gegen das revolutionäre Räteystem zu führen.

Das Ende der Karpalhen-Tragödie.

Als seinerzeit die heillosen Mißhandlungen des Soldaten Helmhake durch den Oberleutnant der Reserve, jenseitigen Major Müller bekannt wurden, ging ein Schrei des Entsetzens durch die gesamte Menschheit. Selbst Eingeweihten, die das grausame, unheimliche preußisch-deutsche militärische System aus eigener Anschauung und Erfahrung kannten, erschien diese verabschiedete Behandlung von Vaterlandsverweigerern fast ungläublich. Trägt doch der ehemalige Kampfmittelbesitzer mindestens die Mißhandlung an dem Tode von drei „seiner“ Leute. Jetzt hat die schauerliche Tragödie durch den Prozeß vor dem Schenkerer Kommandanturgericht ihren vorläufigen Abschluß gefunden. Sie hat damit ergeben, daß der Soldatenführer Müller wegen der ihm zur Last gelegten Hauptverbrechen nicht freigesprochen und nur wegen Mißhandlung in zwei Fällen mit sieben Wochen Festungshaft „bestraft“ wurde.

Die Tragödie und das Urteil geben Anlaß zu allerhand Betrachtungen. Zunächst entwirft der Prozeß ein schauerliches Bild von dem Leben einer, zur Verteidigung des Vaterlands in den hochtapfersten kämpfenden deutschen Truppe. Allein schon der dauernde Aufenthalt in der verschmutzten unhygienischen Gebirgskaserne bedeutet unheimliche Strapazen. Dabei mußten die Mannschaften bei einer Temperatur von 20 und mehr Grad Kälte in elenden, feuchten Erdlöchern kampieren. Kleidung und Verpflegung waren vollständig ungenügend: es war Essen überhaupt nicht herauszubringen. Den Feinden errieten die Glieder. Duppeln, Rühr und andre Sachen forderten täglich ihre Opfer. Dazu kamen händliche Gefechte mit einem hartnäckig kämpfenden Gegner. Die Lüge der Aranen und Verwundeten war fürchterlich. Wenn diese nicht in den Erdlöchern unheimlich, seien sie händlich Gefahr, auf dem Wege nach unten von den heißen Gebirgsflüssen abzurutschen und in unzugänglichen Schluchten elend zu Grunde zu gehen. Der Tod hielt in den Reihen der Karpalhenkämpfer fürchterliche Geier. Ist es ein Wunder, daß sich angesichts dieser Verhältnisse die Fälle von Selbstmord und Mordmordungen häuften? Kann es eine schwere Aufgabe gegen das ganze System geben, als die Bestrafung der Tatsache, daß die Leute abgerichtet die Glieder errieten ließen, nur um von der Front wegzukommen?

Dann die andre Seite des Dramas. Muß nicht jeder der unter den Einwirkungen des Krieges und des Militärs noch nicht vollständig verzerrt und verriert ist, sich sagen, daß die diesen unheimlichen Qualen ausgesetzt waren, die schouendste und rückwärtsvollste Behandlung durch ihre Vorgesetzten vorbanden? Statt zu helfen wurden die bebauernden Opfer von Vorgesetzten vom Schicksal derer noch in der gemeinsten Weise beschimpft und in der verabschiedeten Weise mißhandelt und gemartert. Die Anklage lautet daher als Mißhandlungen zur Last. Den an einem Baum gebundenen Helmhake hat er beschimpft und geprügelt, ihn tagelang in ein kaltes Gefäß gesperrt lassen und ihn schließlich, als der Mann verkrampft weggeworfen wurde, ins Gefäß getreten. Durch Zeugnisaussagen wurde festgestellt, daß den Kameraden des Gemarterten ebenfalls verboten wurde, dem Unglücklichen etwas zu essen zu geben. Er ist dann auch gestorben. Einen Studenten Müller, der Siller bekanntlich tat, ihn wegen Krankheit vom Dienst zu befreien, schickte Siller trotzdem auf Wache. Am nächsten Morgen fand man den Mann tot an. Den Gefreiten Thomas zwang Siller zu großer Kälte, sich anzuziehen und seine verletzten Füße zu reiben. Im Lagerort ist er gestorben. Außerdem wurde noch festgestellt, daß Siller Leute mit Gewehrschloß, Seltensamer, Gebirgsstod und Reitweise geschlagen hat. Einen Soldaten ließ Siller vor 100 Meter vom Feinde entfernt, an einen Pfahl binden. Außerordentlich bezeichnend für die Auffassung der verantwortlichen Militärs war auch die Anklage des Sillers (1) Dr. Müller. Dieser Gemeindevorstand behauptete, der Tod Helmhakes könne nicht die Folge des Unfalls sein. Es sei damals nicht übermäßig kalt gewesen, es hätten nicht mehr als 20 Grad Fähr oder etwas darüber geherrscht. Demnach hätte ein zweifelhafte Angeklagter einen Menschen nicht an der Gestaltlichkeit hängen können. Die alleid menschenfreundliche Anklage äußerte auch der Ankläger. Diese schauerlichen Tatsachen mögen zur Charakteristik des Menschenhaders, dem der Nationalismus an den den „dienstlich nur das beste Ergebnis anstellen konnte“, sein.

Und nun der Abschluß des Dramas: die Verurteilung der Hauptverbrechen und die Strafen! Der Ankläger legte die Verbrechen zum Teil und erklärte, daß auf Einzelheiten nicht weiter eingegangen zu können: auch einschüßte er sich mit „Mehrerer“. In der Verhandlung wurde — wie die Freiheit berichtet — versucht, die Verurteilungen noch Wohlwille einzuschärfen und sie zu irritieren. Als der Anklagevertreter Rosenblat bemerkte, daß er der Wahrheit gemäß auch unangenehme Tatsachen vorzutragen müsse, wurde er auf der Stelle unrettbar entlassen! Der Anklagevertreter erwiderte in den Fällen Müller und Thomas keine Mißhandlung. Doch Siller den Tod Helmhakes verschuldet habe, sei nicht erwiesen. Nur wenn „unvollständiger Gesandtschaftsdiener“ und wegen den unvollständigen Mißhandlungen beauftragte der Vertreter der Anklage insgesamt ein Jahr Festungshaft! Einen Anlaß zur Denkmalssetzung konnte er nicht finden. Viel milder noch beurteilt das Gericht die Schandboten des Kameraden Siller. Es erkannte — wie schon bemerkt — nur auf eine Gefängnisstrafe von 7 — sieben — Wochen Festungshaft. In der Begründung führte der Vorsitzende

an, daß Helmhake, Thomas und Müller der Schuld erlosagen seien, den Angeklagten an ihrem Tode also keine Schuld treffe. Der Befehl, Helmhake sein Leben zu geben, habe „wahrheitsgemäß anders gelautet“. Im Falle Thomas sei kein Beweis für einen Zusammenhang zwischen der beschleunigten Entscheidung und dem Tod oder der Krankheit Thomas erbracht. Im Falle Müller habe der Angeklagte „beglaubt“, es mit einem Simulanten zu tun zu haben. Den Fall Helmhake hält das Gericht — trotz der bestimmten Zeugnisaussagen — für „nicht genügend geklärt“. Zum Teil seien die in der Anklage genannten Fälle durch die Unmöglichkeit der Verurteilung erfolgt nur in Fällen Siller und Reinhold Müller. Im Falle Siller handelt es sich um einen Unteroffizier. Die Urteilsbegründung sagt dazu, der Angeklagte habe in diesem Falle „die Autorität der Unteroffiziere schwer geschädigt“. Das war ein „Verbrechen“, das geahndet werden mußte. Dagegen blieb der Tod eines gewöhnlichen Soldaten ungesühnt.

Diese einseitige Gegenüberstellung genügt zur Kennzeichnung der Militärjustiz, deren wir uns im Reiche der „vollendeten Demokratie“ ein Jahr nach der Revolution noch erfreuen. Selbst ein Mann wie die Deutsche Tageszeitung, das Militaristen und militaristische Verbrecher unter seine schützenden Fittiche nimmt, schreibt, daß das Urteil „dem allgemeinen Empfinden wohl mehr entsprechen würde, wenn sich das Strafmaß mehr dem Antrage des Anklagevertreters genähert hätte“. Man muß schon ein ganz besonderes „Rechtsempfinden“ haben, wenn man, wie der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Dirschfeld, ein „Verbrechen dieser Artverbrechen“ ist, die wegen ihrer Objektivität für andere Gerichte vorbildlich sein könnten. Dem Rechtsempfinden des Volkes schämen solche Urteile ins Gesicht. Das Proletariat empfindet überhaupt das Vorbestehen der Militärgerichte als eine Schand. Die ganze Militärjustiz muß schnellstens verschwinden. Darin hat der Vorwärts zweifellos recht. Es muß aber hinzugefügt werden, daß die Rechtssozialisten die Schuld daran tragen, daß die Militärgerichte noch bestehen und die Militaristen sich wieder ganz als Herren der Situation fühlen können.

Ein feurer Neujahrsgruß.

Berlin, 31. Dezember. Der Reichspräsident hat den Reichskanzler gebeten, folgende Kundgebung zum Neujahrstage zu veröffentlichen:

„Im vergangenen Jahre ist zwar das Chaos abgewehrt und die Einheit des Reiches erhalten und gefestigt worden, indessen mußte unter dem Druck rückwärtslosigen Zwanges ein Frieden geschlossen werden, der die Ehre unseres Volkes, seinen Wohlstand, sowie die Freiheit vorangegangener und künftiger Arbeit fremdem Lande zu überantworten droht. Das heute beginnende Jahr muß entscheiden, ob die Deutschen trotz allem als Nation, Staat und Wirtschaft sich zu behaupten hoffen können oder durch inneren Hader, dem sich äußere Not hinzugesellt, in dem endgültigen Zusammenbruch auch die Hoffnungen ihrer Aeltern begraben müssen. Diese Schicksalsfrage vor Augen, bitte ich heute alle, die sich Deutsche nennen, in der gemeinsamen Not die Reihen zu schließen und ein jeder an seiner Arbeitsstelle für den Wiederaufbau unseres Vaterlandes das Neueste zu tun.“

Reichspräsident Ebert.“
Früh I. hat wieder einmal seine Unentbehrlichkeit bewiesen. Das Volk, das für ihn 320 000 Mark Gehalt und Aufwandsentschädigung und etwa 400 000 Mark für sein Bureau zahlt, hat als Gegenwert eine Stilllegung erhalten. Es wäre freilich klüger gewesen, die 700 000 Mark, die diese Stilllegung kostet, den hungernden Witwen und Waisen zu überweisen.

Die Tätigkeit der „Kulturreifer“ im Baltikum.

Die Presse der Rechten ist jetzt des Lobes voll über die Taten der Baltikumkämpfer, die angeblich die „westeuropäische Kultur“ gegen die „hollschweidische Barbarei“ verteidigt haben. Wie diese Kulturräten aussähen, zeigt ein Bericht, den das Weißsche Bureau über die Lage in Lettland veröffentlicht hat:

„Auch die fünfjährige Beschießung Riga durch die Bermont-Truppen hat nicht nur die Nerven der Bewohner auf eine harte Probe gestellt, sondern auch sehr erheblichen materiellen Schaden angerichtet. Auch die historisch bedeutsamen Bauwerke der Stadt sind zum Teil schwer beschädigt. Der charakteristische Turm der Petrikirche ist von zahlreichen Artilleriegeschossen getroffen worden. Die Bevölkerung auch der deutschen und deutschbaltischen Kreise gegen die Bermont-Truppen, die diese überwiegend deutsche Stadt fünf Wochen lang unter ihr Artilleriefeuer nahmen, ist daher groß. Auch in Riga ist das Schicksal teilweise zerstört. Das deutsche Gymnasium, ein prächtiger alter Bau, auf den die Mitauer besonders stolz waren, ist von den Bermont-Truppen zerstört worden.“

Mit den Bermont-Banden teilen sich die „vortrefflichen“ Truppen der Eisernen Division und der deutschen Legion in den Aufmarsch, diese und andre „Selbstentaten“ im Baltikum vollbracht zu haben. Jetzt sollen diese Banden, die zugleich die Kerntruppen der Gegenrevolution bilden, erneut Gelegenheit bekommen, als „Grenzschutz“ in Ostpreußen ihr Handwerk weiterzubetreiben. Wie lange soll dieser Standal noch dauern?

Neue Schwarz-Schandale.

Immer neue Details der Schwarz-Affäre, zu deren Klärung die Abhängigen einen eigenen Untersuchungsausschuß eingesetzt haben, beweisen die unerhörte Lichtfertigkeit, mit der von Regierungsschleichen Reichsgelder verschwendet wurden und dem Schieberland Verschleudert. Zu den bisherigen Veröffentlichungen über die Geschäfte von Schwarz-Parvus wird inzwischen noch ein anderer Fall bekannt, der die Gewährung von Einflußstellen an Georg Schwarz betrifft. Dieser hatte bei dem Reichskommissar für Ein- und Ausfuhr einen Einflußstellen für die Einfuhr von 30 Millionen Mark Textilwaren aus der Schweiz nach Polen durch Deutschland beantragt. Der Reichskommissar weigerte sich, da er vermutete, daß die Textilwaren in Deutschland verschoben werden würden. Der damalige Reichswirtschaftskammerpräsident Interpellekte nunmehr des Schwarz, indem er erklärte, Schwarz habe sich so große Verdienste um die Revolution erworben, daß man ihm aus Dankbarkeit diesen Schein bewilligen solle. Auch Scheibemann soll sich in gleichem Sinne für Schwarz eingesetzt haben. Interessant ist, daß auch Schwarz Scheibemann seine Einflußstellen besah, auf Grund deren alle möglichen Waren ein- und ausgeführt werden konnten.

Der abhängige Untersuchungsausschuß wird kein Alibi in diese schamhaften Geschichten bringen können. Er ist eine ebensolche Kommission wie etwa der parlamentarische Untersuchungsausschuß! Die Mitschuldigen haben das größte Interesse daran, zu verweihen, was nur zu verurteilen geht!

Audolf Wiffel schreibt dem Vorwärts zu dieser Affäre, daß allerdings das Reichskammeramt keine Rolle spielt, da mit der Bewilligung des Einflußschleusens „ein außerpolitisches Interesse“ nach der Angabe des Untersuchungsleiters Döber vom Unbärtigkeit Ante verknüpft gewesen sei. Der Einflußschleus sei bewilligt worden, doch habe er mit der „Durchführung der Bewilligung“ nichts zu tun gehabt.

Der Wiffel muß also in seiner Erklärung den Standal im wesentlichen bestreiten.

Briefe Wilhelms des Ausreißers.

Berlin, 2. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Postliche Zeitung setzt die Veröffentlichung von Briefen Wilhelms II. aus den neunziger Jahren fort. Unter anderem teilt sie heute ein Schreiben an den Zaren mit, in dem Wilhelm diesem sein bekanntes Bild übersendet, in dem der Erzengel Michael die symbolisch dargestellten Völker Europas zum Kampfe gegen Eigentum, Putschismus und Barbarei aufruft. In dem Briefe heißt es dann: „Besonderer Nachdruck ist auf die Vereinigung der Mittelstände aller europäischen Mächte gelegt, die ebenso notwendig ist gegen unsere gemeinsamen inneren Feinde: Anarchismus, Republikanismus und Nihilismus.“

Wilhelm II. als Schriftsteller. Wilhelm II., der in seinem Größenwahn sich bald für einen Maler, bald für einen Dramaturgen, bald für einen Architekten, bald für einen Dramaturgen von Qualität hielt, hat neuerdings die Idee bekommen, sich als Schriftsteller zu betätigen. Er soll sich holländischen Nachrichten zufolge mit der Ausarbeitung einer Verteidigungsschrift beschäftigen, durch die er die künftigen Veröffentlichungen zu beantworten gedenkt. Diese Verteidigungsschrift wird, wenn sie in dem Stile der bekannten Randbemerkungen gehalten sein wird, die so innige Vertrautheit mit dem Tone der Gasse verraten, dem Pöbelstater neues wertvolles Material zum Studium des Falles Wilhelm bieten.

Deutschland. Die Kohlenkrise.

Die Korrespondenz Hoffmann meldet aus München amtlich: Wegen Kohlenmangels wird der Personenzugverkehr in ganz Bayern am 4., 6. und 11. Januar eingestellt. Der Nahverkehr bleibt bestehen. Der Schnellzugverkehr wird durchgeföhrt.

Die Zeitung der Firma Ludwig Löwe u. Co. in Berlin hat durch Anschlag ihrer Arbeiterliste bekanntgegeben, daß sie sich infolge des Kohlenmangels gezwungen sieht, den Betrieb des Werkes zu schließen und die gesamte Arbeiterschaft in Höhe von 2800 Mann zu entlassen.

Ein neuer Gelfelmordprozeß in Sisch.

Aus Hamburg wird gemeldet: Hier wurde der Kaufmann Faust verhaftet, der während der Münchener Unruhen eine Rolle spielte. Faust ist überführt (1), die Todesurteile an den Münchener Gelfeln mit dem Namen Faustins unterschrieben zu haben. Faust ist zum größten Teil gefählig.

Ein Reichsparteitag des Zentrum wird am 18. Januar in Berlin eröffnet werden.

Beeinflussung der Volksabstimmung durch die französische Militärbehörde. Der Westdeutsche Zeitungsabdruck meldet: Die französische Militärbehörde hat den Gewerbeschullehrer Hölzel verhaftet, weil er Oberlehrer aufseher hatte, in ihrer Heimat an der Abstimmung teilzunehmen. Bei verschiedenen Oberlehrern wurden Hausdurchsuchungen vorgenommen. Hauptächlich wurde nach Mitgliederlisten des Vereins der Oberlehrer gesucht; einige Schriftstücke wurden beschlagnahmt.

Verlängerung des deutsch-schwedischen Handelsvertrages. Der deutsch-schwedische Handelsvertrag, der von Deutschland zum 31. Dezember 1910 gekündigt worden war, ist wieder um ein Jahr verlängert worden, nachdem die Verhandlungen über einen neuen Handelsvertrag nicht zu Ende geführt werden konnten.

Erhöhung des Herstellerpreises für Bier. Das Reichswirtschaftsministerium hat für das Gebiet der ehemaligen norddeutschen Brauereigemeinschaft mit Rücksicht auf die Steigerung der Herstellungskosten den Herstellerpreis für Bier einschließlich Steuern auf 81 Mk. für bierähnliche Getränke (Erstpreis) auf 55 Mk. für den Hektoliter erhöht. Für Fertigbier, für die bereits bisher höhere Herstellerpreise bewilligt waren, tritt an Stelle des Preises von 40,50 Mk. der Preis von 65 Mk. und an Stelle des Preises von 42 Mk. der Preis von 65 Mk. für den Hektoliter.

Verhandlungen über Memel. Der Reichskommissar für das Memeler Gebiet, Graf von Helldorf, und der Memeler Oberbürgermeister Altenberg erhielten die telegraphische Weisung aus Berlin, sich zur Abfahrt nach Paris zu den bevorstehenden Verhandlungen über Memel bereitzustellen.

Kleine Auslandsnachrichten.

Die Absichten der österreichisch-ungarischen Monarchisten.

In einem Interview hat der ungarische Minister des Innern Kovacs über das Schicksal Ungarns erklärt: Wir streben die Wiederherstellung des ungarischen Königtums an. In der Wahl des Herrschers befindet sich die Grenze, die die Wiederkehr der Suburburgen auf energische Unterlage, in vollem Einvernehmen mit der „ungarischen Nation“, die für die Suburburgen nichts mehr übrig hat. Selbst die Deutschnationalen Deutsch-Oesterreicher wollen von einer Milderung der Suburburgen nichts wissen. Das Programm für die neu zu gründende Deutsch-nationale Reichspartei tritt für den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an das Deutsche Reich ein und ist mit jeder Staatsform zufrieden, die den Anschluß mit dem Deutschen Reich zu verwirklichen vermag. Es erklärt sich aber gegen jeden Versuch der Wiedererlangung der Suburburgen.

Vorbereitungen für die Auslieferung Bela Kuhns.

Die Budapestener Blätter melden, hat sich die österreichische Regierung an die ungarische Regierung mit dem Ersuchen gewendet, ihr das gesamte Material des Beweiserfahrens gegen Bela Kuhn und seinen Genossen zu unterbreiten, um über die Auslieferung der Bolschewikgenossenschaft entschieden zu können. Die ungarische Regierung hofft, daß die österreichische Regierung nun unter Einbruch dieser Beweise Bela Kuhn doch andeliefern wird.

Japan und der Bolschewismus.

Amsterd., 30. Dezember. Die New York Times aus Tokio berichtet, erklärte der japanische Premierminister, die gegen den Bolschewismus gerichtete Politik Japans könne unter keinen Umständen zulassen, daß der gefährliche Einfluß der Bolschewisten sich bis an die Grenzen Japans erstreckt. Augenblicklich würden im Verein mit Amerika militärische Maßnahmen erzwungen. Japan werde aber in Sibirien keinen Quadratkfuß Boden behalten, wenn die Gefahr vorüber sei, alle japanischen Soldaten zurückzurufen. (?)

Japan als Helfer.

Nach Meldungen der Times aus Sibirien ist die Lage der zurückweichenden Armee Poltschaks zu düster. Die Bevölkerung von Irkutsk ist der dort verweilenden Regierung Poltschaks feindselig gesinnt. Die Eisenbahnstation dieser Stadt ist in den Händen der Sozialrevolutionäre befinden. Nach einer Meldung der Times aus Peking ist Japan bereit, in Sibirien durch energische Unterstützung die Lage zu retten, wenn es von den Mächten die Ermächtigung dazu erhält. Daselbst Blatt meldet aus Newyork, daß einer halbamtlichen Mitteilung

aus Washington zufolge die Vereinigten Staaten, England und Japan ein Abkommen geschlossen haben, wonach die Russische Ostsibirien Japan übertragen wird. Japan werde Truppen in größerer Zahl entsenden, um die transsibirische Bahn bis zum Baikalsee gegen die Bolschewisten zu verteidigen; weiter würden die japanischen Truppen nicht vordringen. Die amerikanischen und tschekoslowakischen Truppen werden aus Sibirien zurückgezogen.

Erhöhung der Brotpreise in Frankreich. Niderbauminister Rouleux erklärte vor der Kreditkommission der Kammer, daß der Brotpreis vom 1. Februar an in Paris von 55 auf 60, in den Departements von 50 auf 55 Centimes erhöht werde. Die Handelsfreiheit für Inlandsgetreide werde wiederhergestellt, während sich der Staat das Einkaufs-, Einfuhr- und Verteilungsmonopol für Inlandsgetreide vorbehalte. Rouleux fügte hinzu, daß die Getreide- und Mehlversorgung Frankreichs bis Ende Juni gesichert sei und Verhandlungen mit den britischen europäischen Ländern zum Ankauf der für Juli und August notwendigen Mengen im Gange seien. Es sollen Maßnahmen getroffen werden, um großen Familien, Bedürftigen und Kriegsveteranen bezüglich des Brotpreises entgegenzukommen.

Freilassung des Führers der roten Armee? Nach einer Meldung aus Budapest soll der gewesene Generalstabschef der roten Armee, Oberst Stromfeld auf freien Fuß gesetzt worden sein.

Die ungarische Friedensdelegation. Die erste Gruppe der ungarischen Friedensdelegation begibt sich am 5. Januar nach Neuilly. Dieser Gruppe werden die Führer der Delegierten angeschlossen. Die politischen Beiräte und wirtschaftlichen Sachverständigen werden zu den Beratungen erst später zugezogen.

Die Kämpferin

Ist das Organ der klassenbewußten Proletarierinnen im Erwerbsleben und der Hausfrauen. Wie die übrige Presse der revolutionären Arbeiterschaft darf sie daher in keinem Arbeiterhaushalte fehlen!

Die Zeit, in der wir leben, erfordert auch von den Arbeiterinnen und Hausfrauen vollstes Bewußtsein der Interessen ihrer Klasse! Unerwünscht teuer wird die gesamte Lebenshaltung! Der Preiswucher feiert Triumphe wie nie zuvor! Die republikanische Regierung hat sich als völlig unfähig erwiesen, ihm nachdrücklich und erfolgreich entgegenzutreten!

Alle Lohn erhöhungen werden mehr als ausgeglichen von der Verteuerung aller notwendigen Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände. Immer größer wird daher das Elend in den Arbeiterkreisen. Besonders auch in den Reihen jener Millionen von Frauen, die allein für sich und ihre Familie den Lebensunterhalt erringen müssen.

Dazu kommt, daß abermals eine Verkürzung des Einkommens erfolgen wird durch die gewaltigen Steuerlasten, die demnächst in Wirksamkeit treten.

Der Kampf gegen ein System, das die Arbeiterschaft immer härter bedrückt zugunsten einer kleinen Oberschicht von Besitzenden, kann nur dann erfolgreich sein, wenn alle Glieder des Proletariats ihn gemeinsam führen!

Deshalb ist es politische Pflicht und ein Gebot der Klugheit, wenn gerade auch die Frauen mehr als je zuvor ihren Einfluß im öffentlichen Leben geltend machen!

Ihnen die hierzu erforderlichen Kenntnisse zu vermitteln, sie zu schulen für ihr Mitwirken im Kampfe um die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft, ist die Aufgabe der Kämpferin.

Ihr kann das Werk nur gelingen, wenn sie in die Hände aller klassenbewußten Proletarierinnen gelangt! Je größer die Gemeinde, um so größer ihr Einfluß!

Die Kämpferin,

das Organ der Arbeiterfrau, muß deshalb von allen Frauen und Mädchen des Proletariats gelesen und abonniert werden! Dann erst kann sie recht ihre Aufgabe, Vorkämpferin sozialistischer Fraueninteressen zu sein, erfüllen.

Frauen und Mädchen! Werbt deshalb Abonnentinnen für die Kämpferin!

Ihr arbeitet damit zugleich wirksam für euer Wohl!

Gegen den Adhumententag in Frankreich. Anlässlich der vielen Klagen, die von französischen Industriellen über die Folgen der Einschränkung der achtstündigen Arbeitszeit geäußert werden, hat der Arbeitsminister eine eingehende Enquete angeordnet über die Wirkung des Adhumententages.

Eine antibolschewistische Verschwörung. Einem dröhnenden Bericht aus Moskau zufolge ist im Gouvernement Penza eine monarchistische Organisation aufgedeckt worden. 55 Personen sollen auf Befehl der außerordentlichen Kommission erschossen worden sein.

Auflösung der Denkinischen Armee? Ein Funkpruch aus Moskau meldet, daß laut Meldungen aus Soratow die Truppen Denkins sich in Auflösung befinden. Die Soldaten gauer Verbände haben ihre Posten verlassen und sind nach Hause gegangen.

Japanische Rüstungen. Die Frankfurter Zeitung meldet aus dem Haag: Das japanische Flottenprogramm umfaßt eine neue Verstärkung von acht Schlachtkreuzern, zwölf kleinen Kreuzern und 32 Torpedobooten.

Die Furcht vor dem Bolschewismus. In Holland ist die Kontrolle für die aus Deutschland kommenden Eisenbahnzüge sehr verschärft worden, um das Eindringen bolschewistischer Elemente zu verhindern.

Keine Waffe nach Rußland. Der englische Gewerkschaftskongress hat um Waffe für eine Wobnung zum Beluche Sowjetrußlands ersucht. Die Regierung erklärte, keine Waffe nach einem Lande auszuliefern, mit dem sie keine diplomatischen Beziehungen unterhalte.

Konferenz der Baltischen Staaten. Nach einer Meldung aus Helsinki sollen die baltischen Staaten zu einer Konferenz in Helsinki am 4. Januar eingeladen werden. Auf dieser Konferenz will man den allgemeinen Waffenstillstand mit Sowjetrußland erörtern. Es ist ferner beabsichtigt, auf dieser Konferenz auch ein Schutzbündnis vom Schwarzen Meer bis zum Ostmeer zu schließen.

Ausbau der Bagdadbahn. Reuter meldet, daß der Eisenbahnverkehr von Bassorah nach Bagdad in allerhöchster Zukunft aufgenommen werden kann. Der Bau der Strecke macht schnelle Fortschritte.

Die rote Armee am Schwarzen Meer. „Daily Mail“ berichtet: Cherion wurde von den roten Armeen eingenommen. — Morningpost und „Times“ melden das Auslaufen der Mittelmeerflotte in das Schwarze Meer zum Schutze von Odeffa und der Hafenstädte vor dem Vordringen der Bolschewik-Armeen.

Attentat auf den türkischen Prinzregenten. Aus Belgrad wird gemeldet: Hier erlegnete sich eine furchtbare Dynamitexplosion. Der Prinzregent Alexander und 20 Personen wurden getötet, über 50 verwundet.

Zur Lage in Spanien hat der Premierminister in einer Rede im Senat erklärt, die Lage Spaniens nach außen hin könne nicht besser sein. Die Lage im Innern verschlechtere sich leider von Tag zu Tag.

Aus der Partei.

Wahlerfolg in Offenach.

Am 28. Dezember fanden in Offenach die Gemeinderatswahlen statt, die unserer Partei abermals einen schönen Erfolg brachten. Sie vermochte ihre Stimmzahl gegenüber den Wahlen im März noch zu steigern, während die Abhängigen und Demokraten über die Hälfte ihrer im Januar erhaltenen Stimmen verloren. Nur die Deutschnationalen konnten noch einen kleinen Gewinn buchen.

Unsere Partei erhält 8 Mandate, die Demokraten bekommen 5, die Deutschnationalen 4, die Abhängigen 2 Sitze und die Deutsche Volkspartei einen Sitz.

Die Remscheider Genossen zum Parteitag.

Am Sonntag, dem 21. d. M., fand eine Kreisversammlung der Remscheider Bezirkspartei statt. Der Bericht über das 2. Quartal des laufenden Geschäftsjahres bewies den glänzenden Aufschwung der U.S.P.D. im Bergischen Lande. So stieg die Mitgliederzahl seit dem 1. Quartal von 8078 auf 11305, dementsprechend auf die Kasseneinnahme. Am 1. Januar 1920 wird die erste Nummer der in eigener Regie hergestellten Volksstimme erscheinen können. Bisher wurde sie als Kopypublikation in Solingen hergestellt.

Zum Parteitag nahm die Konferenz einstimmig folgende Resolution an:

„Die Kreisversammlung billigt die Beschlüsse des Leipziger Parteitages und begrüßt im Besonderen, daß der Parteitag mit dem neuen Aktionsprogramm klar umrissene Richtlinien für die Politik der Partei aufgestellt und dadurch die bisherigen Streitfragen gelöst hat. Die Konferenz erwartet, daß nun aber auch innerhalb der Gesamtpartei alle Kräfte für werdende und schulende Arbeit frei gemacht werden und alle Parteimitglieder auf der vom Parteitag so glänzlich gefundenen Plattform in geschlossener Front dem gesteckten Ziele zustreben. Der zur Internationale angenommenen Resolution stimmt die Konferenz zu. Sie hofft, daß es nunmehr gelingen werde, recht bald alle wirklich revolutionären Kräfte des Weltproletariats zu einer tatkräftigen Internationale zusammenzufassen.“

Eingelaufene Schriften.

Das neue Heft der Illustrierten Wochenchrift der U. S. P. D. „Freie Welt“ ist mit folgendem Inhalt erschienen: Das Weltknoten der Armen, Der geknechtete Proletariat, Bauernversammlung in einem russischen Dorfe, Finowjeff, Generaljournalier, Der Kommandant von Raubene, als Angeklagter vor Gericht wegen vorzeitiger Uebergabe der Festung, Der Jenseitler Altar von Matthias Grünwald, Die von Marlow ermordeten Matrosen weisen auf Koske als den wahren Schuldigen u. a. Ferner die Fortsetzung des Revolutionsromans „Salva Schegulow von Leonhard Andrejew, Betrachtungen zu den Bildern und das Notizbuch.“

Das Heft kostet 25 Pfg. und ist durch unsere Expedition zu beziehen.

Der Arbeiter-Rat. Nr. 48. Aus dem Inhalt: M. Sievers, Es geht vorwärts. H. Gempin, Organisation der Kunst. B. Kisch, Löhne und Preise. H. S. Harris, Notwendige Analyse. Ein kommunistisches Aktionsprogramm. Mitteilungen aus dem Reich.

Von Nah und Fern.

Die Hochwasserkatastrophe in Westdeutschland.

Vom Oberrhein ist anhaltendes, wenn auch langsam Steigen gemeldet. Das außergewöhnlich warme, regnerische Wetter hat die Lage kritisch gemacht. In Andernach hat das plötzlich gestiegene Wasser außerordentlich viel Schaden angerichtet. Große Vorräte an Proviant aller Art, die für die Besatzungsarmee bestimmt waren, sind vernichtet. In der Nacht gegen 8 Uhr hat sich infolge des Hochwassers die Mühlheimer Schiffbrücke losgerissen und ist abgetrieben. Die Mühlheimer Stadtverwaltung erläßt einen Aufruf an die Bürgerchaft mit der Bitte zur Unterstützung und Hilfeleistung infolge der Hochwasserkatastrophe. Auch auf die Lebensmittelversorgung der Stadt hat das Hochwasser seinen Einfluß ausgeübt: die Schiffe mit Karloffeln sind ausgeblieben. Die Stadt muß die Karloffelration herabsetzen. — Aus Duisburg wird berichtet: Das Hochwasser steigt unausgeseht und nimmt gefährliche Formen für den Verkehr und die dem Hochwasser ausgelegten Städte an. Die Ruhrortener Häfen liegen fast sämtlich still. Die großen Holz- und Materiallager stehen unter Wasser. Das Hochwasser steht bereits vor dem Rathause in Ruhrort. Die unteren Stockwerke der Häuser liegen unter Wasser. Die Schleusen des Rhein-Herne-Kanals sind durch das Hochwasser außer Tätigkeit gesetzt, so daß der Verkehr auf dem ganzen Kanal eingestellt ist. Ein großer Teil der in den Häfen lagernden Lebensmittel ist vernichtet worden. In der Nacht zum 30. Dezember ist auch der Bahndamm bei Duisburg gerissen, wodurch weitere Gebiete vom Hochwasser überschwemmt worden sind. Das Hochwasser beginnt dort die Baracken, die für die Besatzungstruppen erbaut sind, wegzuschwemmen. — Eine letzte Meldung aus Köln vom Donnerstag besagt: Der Rhein ist noch gestiegen. Der Pegel zeigte um 8 Uhr nachmittags 8,8 Meter.

In Paris hat das Wasser der Seine die Tunnel des Orleans-Bahnhofs erreicht, so daß für die Reisenden Kostige errichtet werden mußten.

Erdbeden.

Aus Koblenz wird der Frankfurter Zeitung gemeldet: In der Nacht vom 30. zum 31. Dezember gegen 11 Uhr abends wurden hier und in der ganzen Gegend zwei ziemlich starke Erdrerschütterungen verspürt.

Briefkasten der Redaktion.

H. A. Reubnig. 1. Fällt mir dem der Seirat folgenden Romat weg. 2. Es kann eine Abingung bis zur Höhe von fünf Sechsten des dreifachen Betrags der Kriegsverordnung gezahlt werden. 3. Wenden Sie sich an das Quartieramt. — 50 Pfg. an die Parteikasse.

C. L. Sie haben Anspruch auf Krankentante. Wenden Sie sich an das Versicherungsamt.

H. S. 10. Ist ein ärztliches Geheimzeichen, dessen Bedeutung wir nicht kennen.

M. W. Brauer. Unter gewissen Voraussetzungen ja. Das Nähere finden Sie im § 20 des Ortsstatuts.

R. 180. Wenn Sie ordnungsgemäß entlassen worden sind, ja. R. P., Sondershausen. Ist durch meine Buchhandlung zu beziehen, Preis 0,30 Mk.

D. L., Teusz. 1. Es besteht Anspruch vom 05. Lebensjahre an.

2. Die Frage ist unerschließlich.

H. 100. Nichtlich sich noch der Art der Versicherung.

B. L., Demmeringstraße. 1. Sie brauchen dann keine Kirchensteuer mehr zu zahlen. 2. Die Kinder können weiter teilnehmen. 3. Die Bestimmungen sind von uns veröffentlicht worden. Näheres finden Sie in der Broschüre von Bismarck über den Kirchenausricht, Preis 15 Pfg. — 50 Pfg. für die Parteikasse.

S. C. Sie müssen sich an das Kreisamt wenden, die Erhöhung um 30 Prozent in einem Jahr ist zu hoch. — 1 Mk. für die Revolutionsopfer.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Paul Böttcher in Leipzig. Verantwortlich für den Anzeigenenteil: Friedrich Viller, Vordorfer-Platz. Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

U.S.P.D. - Groß-Leipzig
 Parteisekretariat Tauchaer Str. 19/21, 1
 Telephon 18025

Alt-Leipzig, Bezirk Osten.
 Montag, den 12. Januar, abends 6 Uhr, im Ref. **Gutenberg**, Johannisgasse 19/21, S. L. **Mitglieder-Versammlung.** Tagesordnung: 1. Vortrag über: Wirtschaftliche Fragen. Ref. Genosse **Karl Ryssel.** 2. Aussprache dazu. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Eintritt gegen Mitgliedsbuch. Vollständiges Erscheinen dringend erwünscht. — Karten à 1.10 Mk. für den am 24. Januar stattfindenden Familienabend sind bei sämtlichen Funktionären zu haben. **D. V.**

Dölzig u. Umg. Sonnabend, 3. Januar, abends 8 Uhr, **Mitglieder-Versammlung** im Gasthof zum gold. Löwen. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. **Der Vorstand.**

Eythra. Sonnabend, den 3. Januar, abends 8 Uhr, **Mitglieder-Versammlung** im Restaurant Gute Duelle. **Der Vorstand.**

Grosszschöcher-Windorf. Sonnabend, den 3. Januar, abends 7 Uhr, **Mitglieder-Versammlung** im Gasthof zur Mühle. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag. Ref. Genosse **A. Donhardt.** 2. Diskussion. 3. Gemeindevwahl. 4. Vereinsangelegenheiten. — Zahlreiches Besuch erwartet. **Der Vorstand.**

Hänichen-Quasnitz-Lützschna. Sonnabend, den 3. Januar, abends 8 1/2 Uhr, **Mitglieder-Versammlung** im Ref. Tagesordnung: Vereinsangelegenheiten. — Zahlreiches Besuch erwartet. **Der Vorstand.**

Knautkleeberg, Knauthain, Hartmannsdorf u. Umg. Sonnabend, 3. Januar, abends 8 Uhr, **Vereins-Versammlung** im Ref. Tagesordnung: 1. Bericht der Gemeindevorsteher. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. — Zahlreiches Erscheinen aller Vereinsmitglieder erwünscht. **Der Vorstand.**

Möckern. Sonnabend, 3. Januar, **Vereins-Versammlung.** Tagesordnung: 1. Vortrag über: Der organisatorische Aufbau unserer Jugendorganisation. Ref. Gen. **Schröter.** 2. Diskussion unter besonderer Berücksichtigung der dringlichen Jugendverhältnisse. 3. Vereinsangelegenheiten. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert zahlreiche Beteiligung. **D. V.**

Paunsdorf. Sonnabend, den 3. Januar, abends 8 Uhr, **Mitglieder-Versammlung** im Gasthof. Tagesordnung: 1. Die Einverleibungsfrage. 2. Gemeindevorberichter. 3. Partei- und Vereinsangelegenheiten. Starke Besuch erwartet. **Der Vorstand.**

Rötha u. Umg. Sonnabend, den 3. Januar, abends 7 Uhr, **Mitglieder-Versammlung** im Gasthof Stadt Leipzig. Tagesordnung: 1. Stadtverordneten-Bericht. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Pünktliches Erscheinen erwünscht. **Der Vorstand.**

Schöna u. Miltitz. Sonntag, 4. Jan., nachmittags 1/2 4 Uhr **General-Versammlung** im Alten Gasthof zu Schöna. — Die Genossen von Miltitz treffen sich 1/2 5 Uhr im Gasthof Großmiltitz. **Der Vorstand.**

Taucha u. Umg. Sonnabend, 3. Januar, abends 8 Uhr, **Mitglieder-Versammlung** im Goldenen Löwen. Tagesordnung: Genosse **Schöning** spricht über das Aktionsprogramm. Vereinsangelegenheiten. — Zahlreiches und pünktliches Besuch erwartet. **Der Vorstand.**

Wahren. Sonnabend, den 3. Januar, abends 7 1/2 Uhr, **Mitglieder-Versammlung** im Vereinslokale Birkenhölzchen. Tagesordnung: 1. Vortrag über: Der Parteitag und die Internationale. Ref. Gen. **Paul Böttcher.** 2. Diskussion hierzu. 3. Vereinsangelegenheiten. — Zahlreiches Besuch erwartet. **Der Vorstand.**

Zwenkau. Sonnabend, den 3. Januar, abends 7 1/2 Uhr, **Mitglieder-Versammlung** im Adler. Tagesordnung: Erläuterung über den Parteitag. Ref. Gen. **Freytag**, Leipzig. 2. Partei-angelegenheiten. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. **D. V.**

Metallarbeiter Verband

Wesentlichste: **Wolfsbau**, Seigerstraße 32. 2. Vorsitz: **Wolfsbau**, Seigerstraße 32. 3. Vorsitz: **Wolfsbau**, Seigerstraße 32.

General-Versammlung im Volkshaus.

Städtische Betriebe. Dienstag, den 6. Januar 1920, nachm. 7 1/2 Uhr: **Versammlung** aller in städtischen Betrieben beschäft. organisierten Metallarbeiter. Tagesordnung: Wirtschafts- und Organisationsfragen. **Das Agitations-Komitee.**

Krankenunterstützungs-Verein Markranstädt u. Umgegend. Sonntag, den 4. Januar, Punkt 1/3 Uhr **General-Versammlung** in Heerdes Restaurant. Tagesordnung: Geschäfts- und Kassenbericht, Neuwahl des Gesamtvorstandes, Anträge und Verschiedenes. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. **Der Vorstand**

Arbeiterrats-Mitglieder
 Angestellten- u. Arbeiter-Ausschüsse, Betriebsräte, Betriebs-Vertrauensleute
 Heute Freitag, den 2. Januar, abends Punkt 6 Uhr
Berammlung im Neuen Gasthof Gohlis
 Straßenbahn 12, 13 und 20
 Tagesordnung: 1. Das Betriebsrätegesetz der Regierung. Referent: Genosse **Paul Böttcher.** 2. Aussprache. 3. Geschäftliche Mitteilungen.
 Als Legitimation gelten die vom Arbeiterrat verausgabten Karten für Arbeiterrats-Mitglieder und die Mitglieder der Arbeiter- und Angestellten-Ausschüsse.
 Die Versammlung ist außerordentlich wichtig. Jeder Betrieb muß vertreten sein.
Arbeiterrat Leipzig.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
 Bureau: im Volkshaus, Seiger Str. 11, 1. u. 2. Arbeiterratsgebäude Mühlengasse 24 (ögl. 5. u. 12. Stg.)
 Bureauzeit: 9-12 Uhr vorm. 4-6 Uhr nachm. Sonnabends durchgeh. 9-11 Uhr. Teleph. 1197.
Zahlstelle Leipzig

Kistenbauer. Sonnabend, den 3. Januar 1920, abends 5 Uhr: **Versammlung** im Volkshaus, Nebenaal links. Tagesordnung: 1. Bericht und Neuwahl der Sektionsleitung; 2. Stellungnahme zur Lohnforderung am 1. Februar; 3. Branchen-Konferenz. Zahlreichen Besuch erwartet Die Sektionsleitung.

Vergolder, Rahmentischler, Ovaldrechsler und alle in der Branche beschäftigten Arbeiter und ArbeiterInnen.
 Montag, den 5. Januar 1920, abends 7 Uhr: **Versammlung** im Volkshaus, Zimmer 9. Tagesordnung: 1. Bericht und Neuwahl der Sektionsleitung; 2. Gewerkschaftliches.

Dienstag, den 6. Januar 1920, vormittags 1/2 10 Uhr
Allgemeine Mitglieder-Versammlung.
 Tagesordnung: 1. Der Kampf unserer Kollegen um den Reichstaxi (Referent: Kollege **Winkler**, Halle); 2. Stellungnahme zur Antwort der Arbeitgeber-Vereine auf unsere Beschlüsse vom 17. und 18. Dezember; 3. Organisationsfragen. Pünktliches und vollständiges Erscheinen wird erwartet Die Totalverwaltung.
 Das Verbandsbuch ist vorzulegen.

Die Zentralstelle der **Sozialistischen Proletarierjugend Deutschlands** in Leipzig sucht zum sofortigen Antritt eine Genossin als **Sekretärin.**
 Gewünscht wird eine mit Buchführung, Stenographie und Schreibmaschine vertraute Kraft, die selbständiges Arbeiten gewöhnt ist. Bedingung ist völlige Kenntnis der sozialistischen Jugendbewegung, erworben durch praktische Mitarbeit. Gehalt nach den Vereinbarungen des Zentralverbandes der Angestellten. Bewerberinnen werden gebeten, einen Aufschub über die Aufgaben der Zentralstelle einzureichen und ihre bisherige Tätigkeit in der Jugendbewegung anzugeben. Die Gesuche sind bis zum 10. Januar 1920 an die **Zentralstelle des Allgemeinen Arbeiter-Bildungsinstituts Leipzig**, Seiger Straße 32, Zimmer 42, zu richten.

Zitherverein L.-West (Sitz Kleinzschocher). Sonntag, den 4. Januar 1920, vorm. 1/2 10 Uhr. **Generalversammlung** im Restaurant „Siemensburg“. **Der Vorstand.**

Radfahrer-Bund Solidarität. Abteilung Kleinzschocher. Sonntag, den 4. Januar 1920, Generalversammlung in Mählers Festh. Anfang 1/2 3 Uhr. **D. V.**

Vorzüglich. Feuerungsstreckmittel
 sind unsere nur noch kurze Zeit **markenfremden Nasspresssteine**
Pöschke & Radziew, Gohlis, Mehlertstr. 10.

In einer Stunde verfliegen Sie **Garantiefchein** jede **Läuse-Plage**
 auch Flöhe samt Brut (Nissen) b. Mensch. u. Tieren mit mein. v. d. g. Mittel, **Eckold's** für Hund. mischbl. I. Dtsch. Vagov. Vertilg.-Anst., Fil. Leipzig. Vert.: Spitzleber, Schletterstr. 12, Lt. Josephstr. 7, u. Gohlis. Neuf. Hall. Str. 57. Ausschneiden.

Dr. med. Curt Matthaes
 hat sich in **Bösdorf (Elster), Knautnaundorfer Strasse 425**, als Arzt für Allgemeinpraxis und Geburtshilfe niedergelassen.
 Sprechzeit: 8-9 1/2 Uhr vorm. 2-3 1/2 Uhr nachm.
 Telefon: Amt Zwenkau Nr. 371.

Fernsprech-Nummern
 der **Leipziger Buchdruckerei U. G.**
 Verlag der Leipziger Volkszeitung.
 4596 Geschäftsleitung, Hauptkontor, Kaffe u. Zeherei.
 2721 Inseratenannahme und Buchhandlung.
 13693 Redaktion der Leipz. Volkszeitg. (nur bis 1 Uhr mittl.)

Gewindeschneiden
 Ein prakt. Hilfsbuch f. Dreher mit vollständ. Tabellen für alle vorkommenden Drehbänke und Gewinde
Dritte, verboss. Auflage von **Müller und Freund** Preis Mk. 3.90.
 Jeder Dreher müsste im Besitze eines solch. Buches sein.
Leipzig. Buchdruckerei A. G.
 Abteilung Buchhandlung, Leipzig, Tauchaer Str. 19-21 Postcheckkonto Nr. 53477. Die Austräger und Filialen der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.

Möbeltransporte Hans Eitner
 Begr. 1866. Leipzig, Roscherstr. 11/12. **Stadt- u. Fern-Transporte.** Nur gute Ausführung. **Aufbewahrung.** Fernruf 13500 u. 20310.

Familien-Nachrichten
 Am 30. Dezember 1919, abends 1/8 Uhr, verschied unsere Mitkämpferin **Frau Lina Schindler.**
 Wir verlieren in ihr ein treues Mitglied. Ihre stets rege Tätigkeit für unsere Sache wird ihr ein dauerndes Andenken bewahren.
Sozialdemokratischer Verein Alt-Leipzig der U. S. P., Bezirk Norden.
Der Bezirksvorsteher.
 Die Beerdigung findet morgen Sonnabend, den 3. Januar 1920, nachmittags 2 Uhr, auf dem Nordfriedhof statt. Die Genossinnen und Genossen treffen sich dabei um 1/2 2 Uhr.

Am 31. Dezember verschied im Alter von 58 1/2 Jahren nach kurzem, schwerem Krankenlager, nach 85 Jahren glücklicher Ehe unsere liebe Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante, **Frau Marie Müller geb. Schmidt.**
 Der Verlust unserer jüngsten Tochter und um den in der Bejahung schmerzlichen Sohn brach ihr zu früh das Herz. In tiefem Weh **L. Gutrichs, Theresienstraße 56, II.**
 Der trauernde **Gatte Hermann Müller** im Namen sämtlicher Hinterbliebenen.
 Beerdigung findet Sonnabend, den 3. Januar 1920/1 Uhr, von der Kapelle des Nordfriedhofes aus statt.

Ein treues Mutterherz hat aufgehört zu schlagen! Am 1. Januar verschied nach kurzer Krankheit unsere liebe, unvergessliche, treuergebende Mutter, Großmutter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante **Frau Wilhelmine verw. Butter geb. Thomas** im 63. Lebensjahre. **L. Klein u. Großhändler, den 2. Jan. 1920.** In tiefem Weh **Die trauernden Kinder.** Wer sie gekannt hat, wird unsern Schmerz empfinden. Die Einäscherung findet am 5. Januar, nachmittags 1 Uhr, auf dem Südfriedhof statt.

Die Beerdigung unserer lieben Entschlafenen **Frau Lina Schindler** findet **Sonabend, den 3. Januar, nachmittags 2 Uhr**, von der Kapelle des Nordfriedhofes aus statt.

Montag abend verschied nach langem Leiden mein lieber, guter, treuergebender Gatte, Vater, Großvater und Schwiegervater **Otto Joppe.** In tiefstem Schmerz sehen dies herdurch an **Klara Joppe und Kinder.** **Eythra** Beerdigung Donnerstag, nachmittags 3 Uhr.

Am 30. Dezember starb schnell und unerwartet unser Mitarbeiter und Kollege, der Tischler **Karl Beger.** Seines kollegialen Verhaltens werden wir stets in Ehren gedenken. **Chef und Personal der Firma Hermann Bachmann, Musikwerk, L.-Gohlis.**

Nachruf. In der Nacht vom 20. zum 30. d. M. verschied im Krankenhause St. Jakob **Herr Oberwachmeister Richard Emil Weichert** an den Folgen schwerer Schussverletzungen, die ihm am 23. November 1919 bei der Ausführung zweier unbekannter Einbrecher durch die rachsüchtige Hand des einen dieser Verbrecher zugefügt wurden. In dem Verewigten verliert das Polizeiamt einen Beamten, der während seiner 27 jährigen Dienstzeit infolge seines lauterer Charakters und seiner allzeit treuen Pflichterfüllung die unbedingte Achtung und Beachtung seiner Vorgesetzten und wegen seiner kameradschaftlichen Gesinnung die Zuneigung und das wohlgegründete Vertrauen seiner Berufsgenossen genoss. Das Andenken an diesen als Opfer seines schweren Berufs frühzeitig dahingerafften Beamten wird beim Polizeiamt stets hoch in Ehren gehalten werden. **Leipzig, am 31. Dezember 1919.** Das Polizeiamt der Stadt Leipzig. **Dr. Rüdiger.**

Emaill-Kochgeschirre beste gestanzte Waren als: Kochtöpfe, Kasserolle, Pfann., Einhängetöpfe, Wasserkessel, Kaffee-Kooper und -Kannen, Schlüssel, stähl. Bratpfan., best. Aufwaschbüchse u. 1. Zinkblech, Kinderwannen, Holzwaren all Art. Bürstenwaren - empfiehlt **Otto Friedrich Nachf.** Nordstr. 25; Klebenmagazin.

Kleine Inserate können auf Postanweisungen geschrieb. werden. Das Porto beträgt für Postanweisungen bis 5 Mk. 20 Pfg.

Nachruf. Am 23. November 1919, nachs 1/2 1 Uhr, wurden bei der Zuführung zweier unbekannter Einbrecher nach der Polizeiwache in der Eiserstraße auf den Oberwachmeister **Richard Emil Weichert** 5 Revolverkugeln abgegeben, von denen er durch 3 Schüsse schwer verletzt wurde. Diesen Verwundungen ist der im 27. Dienstjahre stehende Oberwachmeister am 29. Dezember im Krankenhause St. Jakob erlegen. Der Verewigte erkrankte sich allseitig der größten Liebe und Achtung. Sein Andenken wird allzeit hoch in Ehren gehalten werden. **Leipzig, den 31. Dezember 1919.** **Die Schutzmannschaft des Polizeiamts der Stadt Leipzig.**

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 2. Januar.

Parteiangelegenheiten.

Funktionäre von Reudnitz. Dienstag, 6. Januar, vorm. 10 Uhr, Sitzung bei Weismann.

Ortsverein V.-D.L. Sonnabend, 3. Jan., abends 7 Uhr, wichtige Funktionärsitzung. — Mittwoch, 7. Jan., abends 7 Uhr, Diskussionsabend. Beides im Restaurant Silberpoppel, Rischstr. Der Vorstand.

Zentrum, Neureudnitz. Montag, 5. Jan., abends 7 Uhr, im Restaurant Splittshof, Ede Oswald- und Karolajstr., wichtige Funktionärsitzung.

Die Leiden unserer Kriegsgefangenen.

Man fräut sich in Deutschland, die deutschen Kriegsgefangenen der Entente anzukulieren, wie es der unterzeichnete Friedensvertrag vorschreibt. Wir Wänter unsere Gefangenen schon zu Hause haben, aber man glaubt durch Verhandlungen zu erreichen, daß die Hindenburg und Ludendorff vor ihrem Schicksal bewahrt bleiben. Zwischen müssen Hunderttausende deutscher Kriegsgefangenen, die völlig schuldlos sind, weiter in der Gefangenschaft leiden, weil einige Hunderte oder einige Tausende sich weigern, die Verträge zu unterschreiben. Und was die Gefangenen zu erdulden haben! Manches ist darüber bekannt geworden. Aber darum kümmert man sich in Deutschland nicht. Leider läßt sich ein Teil der Bevölkerung immer noch von den Kriegspropagandisten und ihrer Presse betören. Da ist es notwendig, der breitesten Öffentlichkeit zu zeigen, wie trostlos die Lage unserer Kriegsgefangenen ist. Und werden fast täglich Briefe von Gefangenen überreicht. Nur von einem kleinen Teil können wir Notiz nehmen. Meist sind die Klagen allgemein gehalten. Schon der Mangel an Papier hindert uns, allen Gefangenen Raum zu gewähren. Die nachstehenden Schreiben enthalten eingehende Schilderungen der Zustände in den Gefangenenlagern. Deshalb veröffentlichen wir sie. Diejenigen, die sich heute noch vor Hindenburg und Ludendorff stellen, sollten bedenken, daß sie damit die Leiden der Kriegsgefangenen endlos verlängern, daß sie Hunderttausende schuldloser Männer und ihre Familien zur Verzweiflung treiben. Es sind durchweg Briefe von Leipziger Kriegsgefangenen, die wir zum Abdruck bringen. In einem Schreiben heißt es:

„Alles dunkel. Leises Stöhnen, häufiges Niesen und andre nichtalltägliche Geräusche in meinem Zelle, wo 80 Mann (mit nur zwei Decken, alten Lumpen, für eine Person) schlafen, machen mich munter. Ich habe auf, halbsteif, und muß, weil ich dauernd friere, meine Notdurft verrichten. Ich komme schnell wieder herein ins Bett, es wird immer unruhiger, ein Umherwerfen auf den Lagern wird häufiger (es ist 1/2 Uhr nachts). Ich vertriebe mich wieder ins Hundelager, veruche zu schlafen. Aber leider soll es mir nicht gleich gelingen, auch ich werfe mich munter auf dem Lager herum. Meine Gedanken schweifen in die traurige Heimat. Ich denke mit Groll und Neid an die nicht an uns denkenden Deutschen, wie gut wir einmal waren, als es hieß: „Schlitz unsre Heimat vor den Feinden usw.“ Was wir alles getan und gelitten haben im Kriege, und ein Jahr nach Waffenstillstand denkt kein Mensch mehr an uns. Bist dir selbst, wenn du Gottes Sohn bist! Jetzt sollten uns doch auch dieselben Herren haben, als feinerzeit im August 1914. Nun ja, die Herren Kapitalisten haben uns nur nötig, wenn es um ihren Beutel geht. Diese Pumpen sollten uns doch nicht so leiden lassen: wir wissen genau, daß sie (diese Herren) Angst haben vor den heimlich freudigen Gefangenen, denn diese verlangen Rücksicht und Mitleid. Warum mußten wir noch so lange leiden? Warum müssen so viele Kameraden noch nach Kampfeslust ihr Leben lassen in den unter allem Hund eingerichteten Lagern, in den unter allem Hund eingerichteten Lagern? Unter der Mißhandlung der eigenen deutschen Kameraden (Lagerselbstweh, Unteroffiziere usw.)? Unter Mißhandlungen von Franzosen (Militär, Sanitäter usw.), durch Einsperren in Zellen bei der Kälte, keine Decken, nichts zu essen, durch Stockschläge, daß die Leute blutend am Boden liegen bleiben und nach Hilfe schreien, durch Kolbenschläge von Posten, Drohungen mit Gefährten, durch Seilengewehrstriche usw.?

Getrieben wie Vieh zur zehnstündigen Arbeit, ja, noch länger, auch Sonntags geht man an die elenden Vögel, wie sie zu sagen pflegen. Und bei all diesen noch nicht zur Hälfte angeführten Arten von Mißhandlungen hilft die sich frei nennende und sozial denkende Bevölkerung mit. Ja, sie schämt sich nicht, noch einem reichlichen Jahr noch mit ausgeprägtem Zeitungsweber (geladen) hinter uns zu stehen und immer: „Alles, alles!“ „Allemand kaputt!“ usw. zu rufen. So etwas geht einem immer durch den Kopf; ich bin dabei wieder eingeschlafen. Ein Aufschrei macht mich munter. Aufstehen! gehts von Bett zu Bett, es ist 5 Uhr. Es wird lebhafter, schimpfend und stöhnend stehen wir auf. Steife Finger und Glieder, und so schnell als es geht, wird die Rasierseife geholt, etwas Brot eingekaut und schon ruft man: Antreten zum Appell! Dann gehts rasch zur Arbeit. Wie die gemischten Landstreicher und feinen Menschen ähnlich sehend, setzt sich der V.-G.-Trupp in Marsch zur Arbeitstätte. Wieder schimpfend und stöhnend, aber diesmal sind es die Franzosen, werden wir an der Arbeitstätte empfangen. Wir werden in kleinere Trupps eingeteilt, z. B. Schneeschlepper, Holzträger, Steinklopfer, Straßenkehrer, Maschinenwärter, Kohlenträger, Sechsträger, Düngefahrer, Handlanger, Radioapparatwartler, Müllgrubenräumer, Bismarckreiter und jede gemeinste Arbeit muß der V.-G. machen. Dabei ein Deck bis an die Knie, nasse Füße, heiße Glieder. Ein jeder begibt sich an seine ihm angewiesene Arbeit. Und während der Arbeitszeit kann man die unlaßlichsten Sachen hören und sehen. Die Hühlerstuden sind von allen Seiten an, auch Militär usw. ist dabei. Sie werfen uns die bekannten Schimpfwörter zu: Vögel! Saes! Vögel! Schweine! alles — arbeiten! Euch gehts noch viel zu gut! Ihr bekommt viel zu viel zu essen! Ihr müßt wie die Pferde arbeiten! usw. Heute andern bekommt wieder einmal einer von uns einen unfaulen Stoß in die Rippen. Wir meuten, suchen unser Recht zu erlangen. Aber vergebens, wir bekommen nie recht. Also Sklaven sind wir und müssen schweigen. Es ist unterdes Mittag geworden, und schweigend gehen wir ins Lager, um unsere Käse-Böhlen, Linen mit Maden oder irgendwelche komplizierte Wasserhülle zu empfangen. Raum ist der Fraß vorüber, so gehts wieder an die Arbeit, und daselbe Theater beginnt wie am Vormittag. Nachmittags ist es meist etwas schlimmer. Es vergeht fast kein Tag, wo nicht einer abgeführt wird, weil er nicht wie ein Pferd arbeitet. (In solchen Fällen gibt es Prison) 14 Tage oder noch mehr, je nach dem, wie die Herren die Ranne haben. Das Prison steht mitten im Lager, ist aus ein paar Wellblechen zusammengeschichtet, keine Decke, nur einzelne Kaffige drin. Oben und unten Luft, damit man im Winter genügend friert. Hin und wieder nochmal Drahtverhau, das man kaum durchsehen kann. In diesen Käfigen kommt der arme Kerl hinein, der nicht arbeiten kann wie ein Pferd. Ein Fuhrer — und in der Ecke liegt er mit einer Decke, keinen Strohsack, also auf blankem Boden. Den zweiten oder dritten Tag denken sie an den armen Kerl, daß er auch zu essen haben muß. Man gibt ihm Wasser und Brot, à la Indisch. Ja, ja, das alles hat auch in der Heimat der Abgesandte, Herr Major Traub, wohl auch gefast? ...

Ein anderer Gefangener teilt seiner Mutter mit: „Liebe Mutter! Du schreibst von einem Paket; ich habe bis heute noch keins erhalten. Auch frage dich, ob ich noch Unterhosen und Strümpfe habe. Ich habe nicht einmal eine Soje anzuziehen, auch keine Schuhe, und der Schnee liegt schon fast fußhoch. Bei frostiger Kälte werden wir mit gewissen Hosen und Schuhen zur Arbeit geschickt. Tag und Nacht ist man bei eisigen Temperaturen wie im Brett, damit man ja das Reizen in die Knochen bekommen soll. Wir liegen hier in einem Stall mit 150 Mann, dreifach übereinander. Dieser Stall ist ungefähr 60 Meter lang, 8 Meter breit und 8 Meter hoch, und von allen Ecken pfeift es herein. Wir liegen auf gespanntem Draht mit zwei kleinen zerfetzten Decken.“ Ein dritter Gefangener acht in seinem Briefe zuerst auf das Jahr 1918 ein; er schreibt: „... Ich war dem Verhungern nahe. Käse liefen zu Tausenden auf mir herum. Den ganzen Tag ein Liter Essen, ein bis zwei Zwiebacke. Ein Zwieback wog 50 Gramm. Das Essen reichte die Zeit gerade für die Käse. Den ganzen Winter bin ich ohne Hemd und Strümpfe herumgelaufen. Die Weihnachtsfeier habe ich große, von den Deutschen angebrachte Kohlenhaufen umgeschleppt. Vor Hunger konnte ich kaum stehen. Kolbenhiebe und Krichtritte hat es genug. Es war ja keine Kunst, sich an halbtoten Menschen zu verhalten und sie zu schikanieren. Ich hätte gewollt, ich wäre erschossen worden; das haben unsere lieben Feinde aber nicht gewollt, wir sollten einen schmerzlichen Tod sterben: den Hungertod. Ich habe eine zähe Natur gehabt, ungefähr 40 meiner lieben Kameraden sind diesem Tode in zwei Monaten erlegen, und wir waren 200 Mann. Nach dir davon einen Begriff, lieber Bruder, wie ich es gehabt habe. Kein Mensch konnte mich helfen. Auf Brotkrumen bin ich gestürzt wie ein Geier auf Raab. Einmal — ich werde es nie vergessen — hat ein Kamerad das gegessen, was ein anderer ausgebrochen hat. Dafür, daß er das Verputzen hatte, das so oft, hat man ihn halbtot geschlagen. Einmal sind wir hier oft unsere Freunde; die haben uns hier und da etwas angelassen. Franzosen durften das natürlich nicht sehen, die hätten alles getreten. Meine Weihnachtsfreude war eine Zigarette von einem Engländer. Er gab sie mir mit den Worten (es war finster und mein Posten gab nicht recht acht): „Da, nimm, armer Teufel! Ich wollte, auch ich hätte die ganze Welt in dieser Verfassung!“ Nachher fragte er mich noch, ob ich wohl dachte, die Heimat wiederzusehen. Ich habe die Kugel erwidert. Gott sei Dank, ich habe es überstanden. So ist es uns Weihnachten 1919 gegangen. Wie wird es diese Weihnachten sein? Ich sterbe doch lieber. Mein Bruder, ich glaube ganz bestimmt, du wirst denken, der schneidet auf! Nein, das ist alles Wahrheit, und es wird lange noch nicht alle Schandtat. Sie können höchstens diesen Brief vernichten! Ja, und erhältst du diesen Brief, dann atme ich freier. Kannst du dir doch vorher einen Begriff machen von meinen Leiden. Alle Menschen sollten das wissen, damit die Rache nicht ausbleibt.“

Der ist noch so gewissenlos, die deutschen Kriegsgefangenen zu schikanieren und damit unsere Kriegsgefangenen weiter in dieser Hölle zu lassen? Unendlich viel Schuld hat auch die deutsche Regierung. Sie hätte längst die Gefangenen mit Unterwäsche und Strümpfen versorgen müssen, und sie will die Auslieferung der Verbrecher ebenfalls nicht! Daher die vielen Verhandlungen. Deshalb müssen unsere Gefangenen so lange schmachten.

damit man ja das Reizen in die Knochen bekommen soll. Wir liegen hier in einem Stall mit 150 Mann, dreifach übereinander. Dieser Stall ist ungefähr 60 Meter lang, 8 Meter breit und 8 Meter hoch, und von allen Ecken pfeift es herein. Wir liegen auf gespanntem Draht mit zwei kleinen zerfetzten Decken.“

Ein dritter Gefangener acht in seinem Briefe zuerst auf das Jahr 1918 ein; er schreibt:

„... Ich war dem Verhungern nahe. Käse liefen zu Tausenden auf mir herum. Den ganzen Tag ein Liter Essen, ein bis zwei Zwiebacke. Ein Zwieback wog 50 Gramm. Das Essen reichte die Zeit gerade für die Käse. Den ganzen Winter bin ich ohne Hemd und Strümpfe herumgelaufen. Die Weihnachtsfeier habe ich große, von den Deutschen angebrachte Kohlenhaufen umgeschleppt. Vor Hunger konnte ich kaum stehen. Kolbenhiebe und Krichtritte hat es genug. Es war ja keine Kunst, sich an halbtoten Menschen zu verhalten und sie zu schikanieren. Ich hätte gewollt, ich wäre erschossen worden; das haben unsere lieben Feinde aber nicht gewollt, wir sollten einen schmerzlichen Tod sterben: den Hungertod. Ich habe eine zähe Natur gehabt, ungefähr 40 meiner lieben Kameraden sind diesem Tode in zwei Monaten erlegen, und wir waren 200 Mann. Nach dir davon einen Begriff, lieber Bruder, wie ich es gehabt habe. Kein Mensch konnte mich helfen. Auf Brotkrumen bin ich gestürzt wie ein Geier auf Raab. Einmal — ich werde es nie vergessen — hat ein Kamerad das gegessen, was ein anderer ausgebrochen hat. Dafür, daß er das Verputzen hatte, das so oft, hat man ihn halbtot geschlagen. Einmal sind wir hier oft unsere Freunde; die haben uns hier und da etwas angelassen. Franzosen durften das natürlich nicht sehen, die hätten alles getreten. Meine Weihnachtsfreude war eine Zigarette von einem Engländer. Er gab sie mir mit den Worten (es war finster und mein Posten gab nicht recht acht): „Da, nimm, armer Teufel! Ich wollte, auch ich hätte die ganze Welt in dieser Verfassung!“ Nachher fragte er mich noch, ob ich wohl dachte, die Heimat wiederzusehen. Ich habe die Kugel erwidert. Gott sei Dank, ich habe es überstanden. So ist es uns Weihnachten 1919 gegangen. Wie wird es diese Weihnachten sein? Ich sterbe doch lieber. Mein Bruder, ich glaube ganz bestimmt, du wirst denken, der schneidet auf! Nein, das ist alles Wahrheit, und es wird lange noch nicht alle Schandtat. Sie können höchstens diesen Brief vernichten! Ja, und erhältst du diesen Brief, dann atme ich freier. Kannst du dir doch vorher einen Begriff machen von meinen Leiden. Alle Menschen sollten das wissen, damit die Rache nicht ausbleibt.“

Der ist noch so gewissenlos, die deutschen Kriegsgefangenen zu schikanieren und damit unsere Kriegsgefangenen weiter in dieser Hölle zu lassen? Unendlich viel Schuld hat auch die deutsche Regierung. Sie hätte längst die Gefangenen mit Unterwäsche und Strümpfen versorgen müssen, und sie will die Auslieferung der Verbrecher ebenfalls nicht! Daher die vielen Verhandlungen. Deshalb müssen unsere Gefangenen so lange schmachten.

Auf! Zum Kampf!

Opfer um Opfer hat die deutsche Arbeiterklasse der Revolution gebracht. Unermüdet hat sie ihren schweren Kampf in selbstloser Hingabe für den Sozialismus gekämpft: Trotz alledem! Trotz Standgericht und Militärjustiz, trotz Zuchthaus und Gefängnis, trotz Noske und Belagerungszustand: Das rote Banner des revolutionären Sozialismus wird leuchtend im neuen Jahre dem Proletariat voranwehen. Deshalb schart Euch zum Kampfe unter der

Leipziger Volkszeitung

Scheidemann, der Vertrauensmann.

Philipp ist bekanntlich Oberbürgermeister von Kassel geworden, obwohl er von Kommunalpolitik noch viel weniger weiß als von der Reichspolitik. Er hat bereits ein „Kommunalprogramm“ aufgestellt, das auch danach ist. So hat er zu dem Vertreter eines bürgerlichen Wärters in Kassel u. a. gesagt:

„Ich denke nicht daran, eine Zäpfel als Parteifunktionär anzunehmen, denn ich weiß sehr gut, was es heißt, Kommunalpolitik zu treiben. Als Oberbürgermeister von Kassel bin ich nicht mehr der Führer der Sozialdemokratischen Partei, sondern Vertrauensmann der gesamten Kasseler Einwohnererschaft.“

Herr Scheidemann will nicht Parteifunktionär, sondern Vertrauensmann der gesamten Einwohnererschaft sein. Ungefähr so haben sich in den Stadtverordneten-Versammlungen die Vertreter der bürgerlichen Parteien und reaktionäre Bürgermeister häufig ausgesprochen — wenn sie zu den Forderungen der sozialdemokratischen Stadtverordneten Stellung nehmen mußten. Auf diese sehr bequeme Philisterroutine greift sich also Herr Scheidemann zurück. Parteifunktionär will er nicht sein. Herr Scheidemann weiß ja nicht viel, aber es wird ihm bekannt sein, daß seine Partei bestimmte kommunalpolitische Forderungen aufgestellt hat. Als Oberbürgermeister will er sie offenbar nicht vertreten; da er meint, Vertrauensmann der gesamten Einwohnererschaft, also auch Vertrauensmann der Kapitalisten zu sein. Herr Scheidemann ist der Ansicht, sozialdemokratische Gemeindepolitik zu treiben, eignet sich für einen simplen Parteigenossen, höchstens für einen Stadtverordneten, aber beileibe nicht für einen Oberbürgermeister. Neue Grundzüge sind es nicht. Als Ministerpräsident hat Herr Scheidemann ja ebenso verfahren. Und seine Parteigenossen, die auf dem Ministersest geliebten sind, treiben die gleiche Politik. Warum hat das Vürgerium Kassel überhaupt gekämpft? Vom „Parteimann“ Scheidemann hat es nichts zu befürchten. Er wird schon die bürgerlichen Kapitalistischen Interessen vertreten und die Forderungen der Arbeiterklasse ablehnen. Auf diesem Gebiete hat er sich bereits „bestens bewährt“, was Herr Scheidemann jederzeit nachweisen kann.

Ratsbeschlüsse.

Ein neuer Sportplatz. Auf das Gesuch des Turnvereins Vorwärts V.-Süd wurde beschloffen, ihm unter gewissen Bedingungen einen Platz neben dem Falkenweidenwiesen zur Errichtung eines Spiel- und Sportplatzes zur Verfügung zu stellen. Zustimmung der Stadtverordneten ist eingeholt.

Verstärkung der Leipziger Dünge-Export-A.G. Den Vorschlägen der Ausschüsse wegen der Ueberleitung des Betriebes der Leipziger Dünge-Export-A.G. in städtische Verwaltung wurde begetreten.

Dem Nachtrage zur Schulordnung über die Uebertragung der Geschäft des städtischen Schulbeirats auf den Bezirkslehrerwahnschuß sowie dem Nachtrage zur Schulordnung über die Bildung eines Dorfbildungsausschusses wurde zugestimmt.

Genehmigt wurde die Erhöhung des Verpflegungssatzes für die im Freigeist untergebrachten Hühner vom 1. Juli 1919 an von 3 Mark auf 4 Mark täglich und vom 1. Januar 1920 an auf 4.50 M. täglich. Am Schlusse der Sitzung verabschiedete Oberbürgermeister Dr. Noske die mit Ende dieses Jahres aus dem Ratkollegium ausscheidenden Stadträte Gsche, Dr. Gühring, Risting, Dr. Limburger, Wölsche I, Joachim, Dehler, Sander, Tobias, Pfäume und Glinther mit Worten wärmster Anerkennung. Bei dieser Gelegenheit gab der Oberbürgermeister bekannt, daß den ausscheidenden Stadträten mit ministerieller Ermächtigung gestattet werde, auch weiterhin den Titel Stadtrat zu führen.

Arbeitslosenunterstützung und Lohnzuschuß. Ein Mißstand.

Man schreibt uns: Mitzüglich wurden vom Landgericht Leipzig zwei Arbeitslose zu Gefängnisstrafen verurteilt, weil sie einen Nebenverdienst verheimlicht hatten. Sie hätten die Pflicht gehabt, dies beim Arbeitsamt hauptsächlich zu melden mittels eines Formulars, das von ihrem Arbeitgeber ausgefüllt werden mußte. Sie hätten dann einen Lohnzuschuß erhalten.

Bei der letzten bürokratischen Handhabung dieser Einrichtung ist dieser Lohnzuschuß gegenüber der vollen Arbeitslosenunterstützung ein sehr zweifelhafter Vorzug. Er bringt es mit sich, daß diejenigen, die die Arbeitslosenfürsorge entlasten wollen, nicht nur wie alle voll Arbeitslosen zum „Stempeln“ gehen müssen, sondern außerdem jede Woche zweimal auf dem Arbeitsamt stundenlang stehen und den Andrang vermerken müssen, einmal, um ihr Formular abzuliefern, und ein paar Tage später, um ihre Zahlungsbewertung abzuholen. Dadurch verlieren sie bedeutend mehr Zeit als die voll Arbeitslosen.

Dabei ist Abhilfe sehr leicht: Wenn das wöchentliche Formular durch die Post eingereicht werden könnte und die Zahlungsbewertung nicht persönlich abgeholt zu werden brauchte, sondern ohne Verzögerung auf dem Dienstwege ins Rathaus gelangen würde, so wäre ein Mißstand beseitigt, der vielen Arbeitslosen die Lust zu einer Nebenarbeit benimmt.

Vorsicht, Mieter!

Justizrat Dr. Schwegert, dessen Frau acht Häuser besitzt, schickt seinen Mietern wiederholt Zirkulare, in denen er ihnen Mieterhöhungen ankündigt. Selbst die Mieter sollen mehr Miete bezahlen, die noch laufende Verträge haben. Wir machen sie aber darauf aufmerksam, daß sie das nicht nötig haben. Der Herr Justizrat weiß das natürlich auch; trotzdem versucht er auch diesen Mietern einen höheren Mietzins abzuschmecken. Er begründet sein Vorgehen mit der steuerlichen Belastung des Grundbesitzes und mit seiner Notlage, in die er nach seiner Schilderung durch seine Ausweisung aus Straßburg i. E. geraten sei, wo er sein Hab und Gut im Stiche habe lassen müssen. Erst seien er, seine Frau und seine drei Kinder auf den Ertrag der Mieten angewiesen; denn er könne im Alter von 60 Jahren seinen Beruf nicht mehr ausüben. Wie er vorgeht, zeigt sein Schreiben an einen Mieter, in dem es heißt:

„Hiernach ist die Erhöhung der Mietzinsen, auch derselben auf Grund von Verträgen, unvermeidlich, und ich bin gezwungen, auch Ihnen Mietzins vom 1. April 1919 ab um 60 Mark zu steigern. Falls Sie hiermit nicht einverstanden sein sollten, bitte ich, gegenwärtiges Schreiben als Kündigung für den 1. April 1920 aufzufassen.“

Vor Ablauf eines Vertrages kann eine Mieterhöhung vom Hauswirt nicht vorgenommen werden. Und die Kündigung darf auch erst erfolgen, wenn der Vertrag das zuläßt. Nebenbei hat in all diesen Dingen das Mietverhältnis das letzte Wort, an das sich die Mieter stets zu wenden haben, wenn sie vom Hauswirt Schreiben erhalten, in denen ihnen Mieterhöhungen oder Kündigungen mitgeteilt werden. Wenn Vermieter durch den Krieg in eine Notlage geraten sind, können sie sich doch nicht an den Mietern schadlos halten. Der Hauswirt würde den Mieter schön ansehen, der von ihm verlangt würde, er solle ihn dauernd unterhalten, weil er in einen Notstand gekommen sei.

Kriegsgefangene in Rußland.

Der Landesausführer der Vereine von Roten Kreuz in Sachsen weist hiermit bezüglich Auskunft über Kriegsgefangene in Sibirien auf das Zentralauskunftsbüreau für Kriegsgefangene des Prutscher Militärkreises, Prutsch-Zaritzny-Gorod hin. Dem Prutscher Militärkreise gehören folgende 10 Kriegsgefangenenlager an: Kischinsk, Peresowka, Peresowka-Eisenbahnpart, Werchne-Ubinsk aufgelassen, Dauria aufgelassen, Kamsk, Krasnojarsk, Kerschinsk aufgelassen, Kischne-Ubinsk aufgelassen, Eiroensel, Tschita, Tschita-Antipicha, Tschita-Pestichanka, Trojkojlawsk aufgelassen, Prutsch-Goenne-Gorodok, Prutsch-Batarenaja, Prutsch-Druschina aufgelassen.

Die Kriegsgefangenen, welche von den aufgelaufenen Lagern auf die andern verschiedenen Lager verteilt wurden, bleiben auch weiterhin bei dem Zentralauskunftsbüreau registriert. Auch Anfragen über Kriegsgefangene, welche nicht im Bereiche des Prutscher Militärkreises interniert sind, kann das Zentralauskunftsbüreau beantworten, da es mit sämtlichen Lagerbüreaus Sibiriens, welche außerhalb des Prutscher Kreises liegen, in Verbindung steht. Das Zentralauskunftsbüreau führt ferner über die verstorbenen Kriegsgefangenen ein genaues Register und ist bemüht, über die einzelnen Todesfälle amtliche Todesurkunden einzufolten, um sie dann später in der Heimat den zuständigen Behörden vorlegen zu können.

Es ist erwünscht, sich direkt um Auskünfte an das Zentralauskunftsbüreau für Kriegsgefangene des Prutscher Militärkreises Prutsch-Zaritzny-Gorodol zu wenden, vor aber nicht in der Lage ist, die Adresse an das Zentralauskunftsbüreau für Kriegsgefangene des Prutscher Militärkreises, Prutsch-Zaritzny-Gorodol, ordnungsgemäß auch in russischen Schriftzeichen abzugeben, kann sich zur Weiterleitung der Briefe nach Prutsch-Zaritzny-Gorodol nachfolgende Vermittlungsstellen bedienen: Nordisches Rotes Kreuz „Nordfors“, Kopenhagen, Christianborgslob, oder Tschefchowatskisches Rotes Kreuz, Prag, Buzg.

Vorsicht bei der Wahl des Berufes.

Die Branchenleitung der Schmiede Leipzigs hält es für notwendig, einige Worte an diejenigen Eltern zu richten, welche beachtlichen, ihren Söhnen das Schmie d e h a n d w e r k erlernen zu lassen. Vor allen Dingen gehört zur Ausbildung des Schmiedebetriebes ein gesunder, kräftiger Körper. In der heutigen Zeit der allgemeinen Unternährdung bedarf dieser Grundfah der doppelten Beachtung. Die Lehrzeit beträgt gegenwärtig 3 bis 3 1/2 Jahre. Die Schmiedemeister haben auf ihrem Bundesstage in Hannover eine Verlängerung auf 4 Jahre beschloffen. Wir behaupten, daß eine dreijährige Lehrzeit, bei sachgemäßer Ausbildung, genügt, um einen brauchbaren Schmiedegesellen heranzubilden. Bei Auswahl der Lehrmeister ist besondere Vorsicht am Plage. Gaben wir doch in Leipzig die Tatsache zu verzeichnen, daß ein großer Teil Lehrlinge schon vor Ablauf der kontraktlich vereinbarten Lehrzeit, wegen Mißhandlung und anderer unwürdiger Behandlung, seine Lehrstelle verlassen hat. Auch gibt es noch Meister, die sich absolut nicht an die schichtbildige Arbeitszeit gewöhnen können. Den kontrollierenden Kollegen wird erklärt, die längere Beschäftigung erfolge nur aus dem Grunde, um die jungen Leute den Einflüssen der Sünde zu entziehen, denn Mißgung sei aller Laster Anfang. Wir lassen an alle in Frage kommenden Eltern den Rat ausgeben, vor Ab-

Schluss von Lehrverträgen einzugehen. Nicht bei dem Beschäftigungsbüro der Provinz, wie es vielfach bisher der Fall war, sondern im Metallarbeiterbureau, Volkshaus, Zeiger Str. 52, I.

Was Bourgeoisie und Behörden kriegsbeschädigten Offizieren bieten.

Nicht nur kriegsbeschädigte Mannschaften, sondern auch Offiziere werden schädig bezahlt für Arbeitsleistungen. Der Beilage zum Körperordnungsgesetz Nr. 111 entnehmen wir nachstehende Stellenangebote für Kriegsbeschädigte:

Großes Textilunternehmen in Nähe sächsischer Großstadt beschäftigt einen kriegsbeschädigten Offizier (auch Schwerkrriegsbeschädigter) in einfacher Bureauangabe eine beschriebene Lebensfähigkeit zu bieten. Vorkenntnisse nicht erforderlich, dagegen wird völlige Zuverlässigkeit und einwandfreie Geleitung erwartet.

Stellung ist in beiderlei Weise ausbaufähig. Verlagshandlung in sächsischer Großstadt beschäftigt 2 jüngere Offiziere bei sich auszubilden. Sie sind sofort in eistungsfähige Lebensfähigkeit.

Großhandel in Großstadt der Provinz Sachsen beschäftigt einige jüngere Offiziere im Verkauf auszubilden. Beschriebene Bezahlung wird sofort gewährt.

Kontrollstelle in sächsischer Großstadt sucht baldmöglichst 1-2 Herren zu zunächst untergeordneter Bureauangabe bei monatlicher Rindigung und 250-300 Mk. Einkommen.

Großhandel beschäftigt 5-6 jüngere Offiziere, auch leicht kriegsbeschädigt, für dauernde Stellung heranzuziehen. Im ersten Jahre werden monatlich 100 Mk. Taschengeld gewährt. Wagnis in sächsischer Großstadt.

Rittergut in Sachsen sucht Offizier bis zu 30 Jahren, auch leicht kriegsbeschädigt, zur Aufsicht auf dem Hofe. Familienanschluss, freie Station und Taschengeld, vorläufig 50 Mk. pro Monat.

Das ist eine prächtige Illustration zu dem bekannten Wort: „Der Dank des Vaterlands ist auch gewiß!“ Freilich, die meisten unbeschädigten und verkrüppelten Offiziere begreifen sich heute noch für die Herrschaft der kapitalistischen Ausbeuter.

Lehrverträge und Mängel. Im Hinblick auf die bevorstehende Entlassung von Mündeln aus der Schule werden die Vormünder darauf aufmerksam gemacht, dass ihnen obliegt, rechtzeitig dafür Sorge zu tragen, dass für ihren Mündel ein Beruf bestimmt wird, für den er Anlage und Neigung hat. Lehrverträge bedürfen der vormundschaftsgerichtlichen Genehmigung. Der Mündel ist dazu selbst vom Amtsgericht zu hören und ihm deshalb zuzustimmen. Der Lehrvertrag ist dem Amtsgericht vorzulegen, auch ist eine Abschrift davon, die bei den Eltern zu verbleiben hat, beizubehalten. Das was von den Vormündern gesagt ist, gilt auch von Müttern, denen die Sorge für die Person ihrer Kinder zusteht.

Die Zigaretten diesen nicht über den ausgedruckten Preis verkauft werden. Zigaretten dürfen nicht teurer verkauft werden, als die ausgedruckten Kleinhandelspreise vorschreiben; sonst macht sich der Verkäufer strafbar, auch wenn er einen höheren Preis für die Ware bezahlt hat. Diese Regelung ist in einer Sitzung der Preisprüfungsstelle am 1. Januar 1920 ausdrücklich festgestellt worden, von der jetzt das Reichswirtschaftsministerium Mitteilung macht. Anlässlich der diesjährigen, in dem Zigaretten mit ausgedrucktem Kleinverkaufspreis von 15 Pfg. für das Stück zu 45 Pfg. an die Verbraucher verkauft wurden. Das Publikum müsse gegen eine derartige Ueberschneidung geschützt werden. Neuerdings mehren sich die Fälle, dass die von den Fabrikanten ausgedruckten Kleinverkaufspreise vom Handel unwillkürlich überschritten und nicht beachtet werden.

Diebstahl. Dem Genossen Rudolf Amthor ist am 27. Dezember 1919 auf dem Postamt Brandenburger Straße die Briefkassette und das Postornament mit 200 Mk. abhanden gekommen. In der Briefkassette befand sich außer 20 Stück Reichsmarknoten der II. S. P. 2 10 Pfg. einem Postabschnitt auf 150 Mk. und einigen Reichsmarknoten noch die Arbeiterausweiskarte von Mansfeld und die gelbe Frankfurter Karte Nr. 1031. Die Genossen werden gebeten, bei etwaigen Wahrnehmungen Festnahme und Anzeige bei der Kriminalabteilung zu veranlassen.

Schlacht (Schauamt II). Sonnabend, den 3. Januar, vormittags von 9 bis 12 Uhr, Ausgabe von Gulasch, Brühwürstchen, Verkauf an jedermann. Dänische Blutwurst, Klugrammdose 8.30 Mk., an Inhaber von früheren gelben Kleinfleisch-Nummernmarken.

Knochen- und Kleinfleischverkauf. Sonnabend, den 3. Januar: Freibrant I Nr. 2426-2475 (3376-3470). Freibrant II 231-350 (351-400). Hofmann-Wächterstraße: 3-5 Uhr nachmittags Nr. 1-300.

Lebensmittellisten für Sonnabend, den 3. Januar.

Für Haushaltungen.
Anmeldeung. Reis und Suppen: abzugeben 3 E und K der Lebensmittelliste Reihe M (125 Gramm Reis und 250 Gramm Suppen); Zusatzlebensmittelliste 1 für Kriegsgefangene (250 Gramm Reis); Fleischmarkenreife V 1-5 (100 Gramm Reis).
Auslandsmargarine: Vegter Tag - abzugeben Landeslebensmittelliste V (120 Gramm); Fettmarken 3 der Zusatzlebensmittelliste für Kriegsgefangene (50 Gramm).
Fleisch: abzugeben W 1-10, W 1-5.
Ausgabe. 36. Kartenausgabe und Zusatzkarten für Kranke: Nr. 801-1000.

Für Händler.
Petroleum: Vorleser Tag der Einreichung der Petroleumabrechnung durch die Kleinhandler an das Gewerbeamt, Zimmer 108.

Polizeinachtichten.

Überwachungsbeamter Weichert verstorben.

Wie wir seinerzeit mitteilen, sind in der Nacht zum 28. November ein Überwachungsbeamter und ein Schuhmann der O. Wache in der Osterstraße bei der Zuführung von zwei Einbrechern, die sie in der Olo-Schul-Strasse angehalten hatten, von einem der beiden durch Schüsse verletzt und nach dem Krankenhause gebracht worden. Während der eine der Verletzten, der Schuhmann Erler, soweit wiederhergestellt ist, dass er demnächst seinen Dienst antreten kann, ist der andere, der am 27. Dezember stehende Überwachungsbeamter Richard Emil Weichert am 29. Dezember im Krankenhaus St. Jodab seinen Verletzungen erlegen. Er hatte zwei Schussverletzungen am rechten Oberarm und eine am rechten Oberarm erhalten, die schon einmal als verheilt gelten konnten, sich aber dann wieder verschlimmert und jetzt den Tod herbeiführten. Das Polizeiamt berichtet in dem Überwachungsbeamten Weichert einen besonders pflichterfüllten ausgezeichneten Beamten, der sich allgemein der größten Achtung erfreute. Leider sind die Täter bis heute noch nicht ermittelt worden. Sie sind nach der Feststellung der Beamten beide etwa 30 Jahre alt, waren blass, trugen dünne Ueberzieher und weiße graue Hülshüte. Der eine der Verletzten, sowie ein Aufsucher mit Einbrecherwerkzeug kann jederzeit bei der Kriminalabteilung befragt werden. Bemerkenswert mag noch sein, dass den verletzten Beamten eine ganze Anzahl verdächtiger Personen im Krankenhaus vorgestellt worden sind, unter ihnen jedoch die Täter nicht wiedererkannt werden konnten.

Vermisst wird seit dem 20. November v. J. der 67 Jahre alte Privatmann Albin T r d a aus seiner Wohnung, R.-Zister, Oberdorferstraße 20a, II. Der Vermisste ist etwa 1.80 Meter groß, kräftig, trägt spärliches dunkelblondes Haar und war blass. Von einem seiner regelmäßigen Nachmittagsspaziergänge kehrte er nicht wieder. Er ist nicht ausgeschlossen, dass er sich ein Verbot angehen hat.

Aus der Umgebung Leipzigs.

Bezirksverband Grimma.

Vom 1. Januar an gelten folgende Brot- und Mehlhöchstpreise: 1 Pfund Schwarzbrot 52 Pfg., 1 Pfund Weißbrot 75 Pfg., 75 Gr. Weißbrot (1 Semmel) 15 Pfg., 1 Pfund Weizenmehl, im Kleinhandel 75 Pfg., 1 Pfund Roggenmehl, im Kleinhandel 80 Pfg. Pfennigbrüche dürfen nach oben abgerundet werden.

Großbeuben. Der Gemeinderat beschloss, die Girokasse am 1. Januar zu eröffnen und Einlagen mit täglicher Rindigung zu 3 Prozent, mit vierteljährlicher Rindigung zu 3 1/2 Prozent zu vernehmen. Ehefrauen von Kriegsgefangenen und Kriegswitwen erhalten als Weihnachtsgabe 20 Mk., jedes ihrer unverheirateten Kinder 10 Mk. Dem Taubstummenheim Juidau gewährte man einen Beitrag von 10 Mk. Für jedes von der Amtshauptmannschaft aus der Gemeinde in Erholungsstätten untergebrachtes Kind wurde ein Beitrag von 20 Mk. bewilligt. Die Verleigerung der Sonderlebensmittellisten wurde Herrn Matthes übertragen. Der Verleigerung des Gemeinderatsschreibens auf die Zeit vom 1. April bis 31. März 1920 wurde verlängert bis zum 31. März 1920.

Lebertwölffig. In der Gemeinderatsitzung am 22. Dezember wurde in geheimer Abstimmung beschlossen, für die Wahl eines neuen ständigen Lehrers dem Schulvorstand drei Bewerber in nachfolgender Reihenfolge in Vorschlag zu bringen: Hilfslehrer Richard Jwider in Lebertwölffig, Hilfslehrer Georg Schaarschmidt in Lebertwölffig, Hilfslehrer Johannes Wolf in Weitzsain. Auf Vorschlag des Verfassungsausschusses wurde ein 2. Nachtrag zur Gemeinderatsverordnung über die Erhöhung der Wertzuwachssteuer in erster Lesung einstimmig genehmigt. Desgleichen fand ein Dringliches Annahme über die Pflichten der Unternehmer der Einstellung von Arbeitslosen. Durch die Wahl der Gemeindevorte Martin und Gebhardt zum 1. bzw. 2. Gemeindevorsteher sind zwei Sitze im Gemeinderat freigeworden. Als Ersatzmänner sollen auf Grund des Dringliches zwei Vertreter der Wählergruppe A, und zwar Sattler Wilhelm Gebert und Zementarbeiter Stanislaus Widlag in den Gemeinderat berufen werden. Auf ein Gesuch der Leidenwagenbesitzer wurden die Gebühren derselben von 3 Mk. auf 5 Mk. erhöht. Der Konsumverein hat um die Erlaubnis zum Branntwein-Kleinhandel nachgesucht. Die von der Amtshauptmannschaft gestellte Referenzfrage wurde mit 14 gegen 5 Stimmen bejaht. Auf Vorschlag des Ernährungsauausschusses wurde beschlossen, die Volkshilfe noch einige Monate im Gasthof Gambornius zu befragen. Es wird angenommen, dass sich die Ernährungsfrage im Frühjahr verschlechtert. Dritt dick ein, so wird jedenfalls wieder eine stärkere Inanspruchnahme der Volkshilfe eintreten. Gegenwärtig werden nämlich im Durchschnitt nur 250 Portionen abgegeben. Die äußerlichen Verhältnisse lassen es deshalb erwünscht erscheinen, mit der Einrichtung einer Essentischen Zerkassette auf verbesserter Grundlage im alten Wilhelmstift nach im April oder Mai nächsten Jahres zu warten, schon aus dem Grunde, weil Umbau und Einrichtung etwa 10-12000 Mk. Kosten erfordern würden. Bis zum event. Umbau des Wilhelmstifts soll, als Notwohnraum, und zwar gestellt an zwei Parteien gegen vierwöchige Rindigung vermietet werden. Den Vorschlägen des Ernährungsauausschusses wurde einstimmig zugestimmt. Zwei im Entwurf vorliegende Verträge mit der Firma Guido Müller und der Deutschen Vater-Grubensfabrik fanden Genehmigung. Die letztere Firma erhält 4, die letztere 2 Kleinwohnungen auf 20 Jahre zu erbauen. Die Schulneuten Götzen und Gasse, die länger als 20 Jahre im Dienste der Gemeinde stehen, wurde der Amtshauptmannschaft übertragen. Der dahingehende Antrag hatte 8 Stimmen für und 4 gegen sich. Der Gemeindevorstand gab die entscheidende Stimme für den Antrag ab. Im Jahre 1919 waren etwa 40 Kinder der hiesigen Gemeinde in Fernkolonien untergebracht. Aus Anlass des guten Erfolgs und um noch mehr Kindern diese Wohltat zuteil werden zu lassen, wurde für das Jahr 1920 ein Beitrag von 3000 Mk. (1919 1000 Mk.) für den gleichen Zweck aus Staatsrentenüberschüssen bewilligt. Auf Vorschlag des Wohnungsausschusses wurde mit Wirkung vom 1. April 1920 an eine Erhöhung der Mieten für Wohnungen in Gemeindegartenstätten in Aussicht genommen. Ein Aufschlag auf die Friedhofmiete ist bis jetzt noch nicht erfolgt. Die Einrichtung einer Frühkinderkassette und eines Aborts für die bei der Gemeinde beschäftigten Arbeiter wurde anregt. Der Bauauschuss erhielt Auftrag, die Angelegenheit zu prüfen. Auf Antrag des Genossen Marx wurde beschlossen, Beschwerde zu führen, weil Lebertwölffig nicht zu dem bei der Amtshauptmannschaft gebildeten Überwachungsauausschuss (Zerkassette) gezogen worden ist. Es folgte eine nichtöffentliche Sitzung.

Sächsische Angelegenheiten.

Tagung des sächsischen Lehrervereins.

Am 3. Verhandlungstage legte R. Luge-Ruchsch einen vom Ausschuss für Sittenunterricht des Leipziger Lehrervereins ausgearbeiteten Stoffplan für die sächsische Lebenskunde auf der Oberstufe der Volkshöhe vor. Für die sächsische Erziehung in der weltlichen Schule waren folgende Richtlinien aufgestellt:

Die gesamte Schularbeit steht im Dienste der sächsischen Bildung der Jugend. Neben die sächsische Gewöhnung, die auf das Kind dauernd nachhaltig, besonders in der zur Arbeitsschule umgestalteten Schule, einwirkt, tritt die sächsische Unterweisung. Alle sächsischen Unterweisungen haben die Aufgabe, das Kind zur sächsischen Erziehung zu führen und auf Gehilf und Willen zu wirken, um so zur Selbst-erziehung im Sinne einer sächsischen Lebensgestaltung zu führen und zu hingebender Pflichten im Dienste der Gesamtheit zu erziehen. Zu diesem Zwecke sind dem Kinde die sozialen Beziehungen der menschlichen Lebensgemeinschaften in Vergangenheit und Gegenwart aufzuzeigen, und ihm so das Verständnis für seine Stellung in der Gemeinschaft zu erschließen. Alle sächsischen Unterweisungen sind Aufbaumunterricht. Sie müssen in enger Verbindung mit den Erfahrungen und Erlebnissen des Kindes stehen. Stoffe aus Literatur, bildender Kunst, Tonkunst und Geschichte müssen die den Erlebnissen inwohnenden sächsischen Momente in anschaulicher Weise ergänzen und vertiefen. Besondere Wert ist auf Beispiele aus dem Leben und der Lebensarbeit solcher Persönlichkeiten der Menschheitsgeschichte zu legen, die auf das Kind als Vorbilder sächsischer Lebensführung starken Eindruck machen können. Vom 1. bis 6. Schuljahr finden die sächsischen Unterweisungen nicht in besonderen Stunden, sondern bei den sich bietenden Gelegenheiten statt. Dadurch gliedern sich die sächsischen Unterweisungen den anderen Unterrichts-fächern, deren eigene sächsische Werte außerdem mehr als bisher auszuwerten sind, organisch ein. Auf das 1. bis 4. Schuljahr ist eine Wochenstunde, auf das 5. und 6. Schuljahr sind zwei Wochenstunden für solche Unterweisungen in die Zeiteinteilung zu freier Verfügung des Lehrers einzusetzen. In den beiden letzten Schuljahren tritt eine zusammenfassende und vertiefende Lebenskunde auf. Für diese sind mindestens 2 Stunden anzusetzen. Die sächsische Lebenskunde muss das Verhältnis des Menschen zu den verschiedenen Lebens-gemeinschaften (Familie, Schule, Heimat, Volk, Menschheit) behandeln und daraus die sächsischen Pflichten ableiten, die dem Menschen gegen sich und die andern erwachsen. Besonderer religionsgeschichtlicher Unterricht wird nicht erteilt. Die religionsgeschichtlichen Stoffe werden den andern Unterrichts-fächern, z. B. der Geschichte, der Literatur, besonders aber dem Geschichtsunterricht auszuweisen, dem deswegen mehr Zeit als bisher zur Verfügung zu stellen ist. In die religionsgeschichtlichen (Ursprung und Sinn der Welt und des Menschen, sein Verhältnis zum Leid u. a.) wird das Kind gegen Ende der Lebenskunde herangeführt. Die sächsische Bedeutung religionsgeschichtlicher Stoffe wird auch in der sächsischen Lebenskunde Berücksichtigung finden. Lebenskunde wie Religionsgeschichte müssen auch in den an die Volkshöhe anschließenden Schulstufen, für den größten Teil der Jugend also in der Fortbildungsschule, eine Fort-

Die Versammlung stimmte diesen Beschlüssen zu. Schließlich wurde noch die Frage des Unverflüchtens studium's erörtert und hervorgehoben, dass die Verordnung des Unterrichtsministeriums nicht befriedigend sei. Es wurde einstimmig eine Entschuldig angenommen, in der es heißt: „Der Sächsische Lehrerverein bittet die Regierung, unbedinglich jedem Volkshochlehrer auf Grund seines Abgangsausweises ohne jede Einschränkung die Berechtigung zum Univeritätsstudium zu erteilen. Diese Bitte ist um so mehr berechtigt und dringend, als seit dem 10. September 1919 Preußen allen seinen Lehrern die Univeritäten geöffnet hat. Bei dem hohen Entwicklungsstand der sächsischen Lehrer- und Lehrervereinseminare, die überdies eine siebenjährige Ausbildungszeit kennen gegenüber sechsähriger in Preußen, können irgendwelche Bedenken nicht in Frage kommen.“

Der Stempel wird immer größer.

Der frühere Ministerialdirektor Heintz, den die Regierung, nachdem sie ihn durch ihre Untersuchungskommission hinsichtlich vor dem hohen Strafverfolgung gezwungen zu haben glaubt, öffentlich als den Kaufschulden an den Butterlieferungen in Bad Emsbrunn, jetzt sich in der Presse weiter zur Wehr. In seiner Autobiografie heißt es, dass die Butterlieferungen nach Bad Emsbrunn mit Zustimmung des Landeslebensmittellamens geschieden sein, alles andere ist: er: nicht zu kümmern brauche. „Wenn das Landeslebensmittellamie die Gemeinde Bad Emsbrunn, die Anstalt in Ansbach aber mich um Mitteilung der Menge der einzelnen Zerkassette gebeten hätte, würde dem Erlangen selbstverständlich entprochen worden sein.“ Inausgesprochen ist auch Lebensmittellamie zu werden, hätte ich nur dem Urteile gehabt, wenn die Butterquelle zu reichlich gekostet wäre. Das ist meiner Ansicht aber nicht der Fall gewesen. In den Jahren 1916, 1917, 1918 und 1919 sind insgesamt 680 1/2 Tonne Butter an die Gemeinde Bad Emsbrunn gegangen. In diesen vier Jahren sind aber nur 74000 Kurgänge nach Bad Emsbrunn gekommen, so dass, wenn etwa der vierde Teil auf Grund ärztlicher Zeugnisse Sonderlieferungen bekommen müsste, bei Annahme eines Durchschnittes von durchschnittlich nur zwei Wochen Dauer erst reichlich ein Gramm Butter täglich auf diese Kurgänge entfallen ist. Wozu also der Zerkassette? Sollte man mich von dem Ergebnisse der Erörterungen, die nach der Regierungserklärung vom 14. Oktober d. J. angestellt worden sind, in Kenntnis gesetzt, mir die Akten zur Einsicht vorgelegt oder mir Gelegenheit gegeben, in der Ausschussung der Volkshöhe zu erscheinen, so hätte ich dort meine Ansicht ausprechen können. Aber ich habe seit der Regierungserklärung vom 14. Oktober, welche eingehende Erörterungen in Aussicht stellte, überhaupt nichts wieder in der Angelegenheit erfahren, bis zu dem Momente, da ich das kurze Referat über die Rindigung der Kammer gelesen habe. Da blieb mir nichts anderes übrig, als mich an die Presse zu wenden.“

Der Umstand, dass nicht einmal der Hauptangeklagte etwas von den hochsensiblen Erörterungen der Regierung gemerkt und gewusst hat, beweist, mit welcher Gründlichkeit die Untersuchung geführt worden ist. Es gewinnt immer mehr den Anschein, dass das Landeslebensmittellamie ebenso sehr an der Vertuschung der ganzen Angelegenheit interessiert ist, wie Herr Heintz.

Neue Braunkohlenfelder in Sachsen.

Bei Rittien in der Lausitz und den umliegenden Dörfern sind noch durch die Presse gebliebenen Meldungen umfangreiche Braunkohlenfelder entdeckt worden. Die mächtigsten und am günstigsten gelegenen Flöze sind an der Bahnstrecke Rittien-Borsdorf-Lauer und auf dem Jähmeyer Gebiet festgestellt worden. Im kommenden Frühjahr soll eine große Freilandanlage bei dem Dorfe Kleinblau errichtet werden. Gegenwärtig verhandelt die Bergbau-Gesellschaft Freya mit Besitzern aus Jähmen über den Verkauf von Grund und Boden am Bahnhof Rittien, wo in kurzem Beamten- und Verwaltungsgebäude errichtet werden sollen.

Aufhebung selbständiger Gerichtsbezirke.

Am 1. Januar 1920 wurden folgende Gerichtsbezirke in der Amtshauptmannschaft Döbeln aufgehoben, bzw. mit Gemeinden verschmolzen: Rittigert Döbeln mit Böhler, Borswerf Gersdorf b. G. mit Gersdorf b. G., Rittigert Gohlsch mit Gohlsch, Rittigert Jesnitz mit Rodrig, Rittigert Jesnitz mit Jesnitz, Rittigert Rodrig mit Rodrig, Rittigert Rodrig mit Rodrig, Rittigert Rodrig mit Rodrig, Rittigert Rodrig mit Rodrig, Rittigert Rodrig mit Rodrig.

Städtischer Protest gegen die Beschaffungsbeihilfe.

Die Stadtverordneten von Markneukirchen haben einstimmig beschlossen, einen Protest gegen etwaige weitere Beschaffungsbeihilfen an die Regierung zu richten.

Dresden. Das berühmte Philharmonische Orchester befindet sich in finanziellen Schwierigkeiten, so dass sein Weiterbestehen ernstlich in Frage gestellt ist. Das Unternehmen hat im letzten Jahre mit einem Defizit von 255 000 Mk. abgeschlossen. Mit Rücksicht auf die Notwendigkeit seiner Erhaltung im Interesse der Kunststadt Dresden haben sich die sächsischen Kollegen entschlossen, dem Orchester außer dem bereits im Haushaltsplan eingezeichneten 25 000 Mk. für das laufende Spieljahr einen weiteren Beitrag in Höhe von 150 000 Mk. zu gewähren. Damit das Orchester in die Lage versetzt wird, seine Einnahmen zu erhöhen, soll auf den Musikerverband einwirken werden, die über das Unternehmen verhängte Sperre aufzuheben, damit es auch in andern sächsischen Städten auftreten kann.

Dresden. Der Straßenbahnverkehr leidet, der wegen Kohlenmangels vor einigen Tagen völlig eingestellt werden musste, konnte teilweise wieder aufgenommen werden, da sich die Beschaffungsbeihilfe an der außerordentlichen Kohlenzufuhr gebessert haben.

Sachsen. Der Stadtdirektor hat 1/2 Million Mark für den Ausbau des städtischen Elektrizitätswerkes an das städtische Werk in Döbeln, sowie die Aufnahme eines Darlehens in Höhe von 1/2 Million Mark bei der Stadt Bitterfeld bewilligt. Die Kasse soll eventuell zum Elektrizitätswerk umgebaut werden.

Meißen. In einem Vorort ist der Typhus ausgebrochen. Es wurden 17 Personen in das Krankenhaus eingeliefert. Die Ursache der Erkrankung wird auf schlechte Beschaffenheit des Trinkwassers zurückgeführt.

Siegen. Am 1. Januar haben sich die vier Gemeinden der Amtshauptmannschaft Chemnitz zu zwei Gemeinden zusammengeschlossen, und zwar haben sich die Drie Siegen und Siegen, sowie Pflaßhain und Seifersdorf vereinigt.

Kohle. Zum ersten Vorstehen der Stadtverwaltung wurde der Buchhändler Beyer, Reichheitssozialist, und zum Schriftführer der der gleichen Partei angehörende Lagerhalter Schilde gewählt. Bei der Wahl der unbesoldeten Kommissare erhielten die Sozialdemokraten 4, die Bürgerlichen 2 Vertreter.

Neustädter. Als unbesoldete Kommissare wurden 2 Sozialdemokraten und 2 Bürgerliche gewählt.

Falkenstein. Bei den Stadtratswahlen wurden ein Vertreter der U. S. P., ein Reichheitssozialist und zwei Demokraten gewählt.

Bitterfeld. Erziehen in großer Zahl wurden von einem Verkäufer im hiesigen Schlachthof in amerikanischem Schweinefleisch gefunden. Das Fleisch wurde vernichtet. Bereits vor längerer Zeit wurden in derselben Unternehmungsstelle Erziehen in amerikanischem Speck festgestellt.

Borsdorf. Bei Borsdorf. Der Dienstherr Richard Paul wurde von seinem Dienstherrn Weinrich erschossen. Der Täter stellte sich der Polizei. Der Grund der Tat ist unbekannt.

Gewerkschaftsbewegung.

Tariffreue Unternehmer.

Wie ernt es den Unternehmern mit der Durchführung von Tariffreue, zeigt das folgende Rundschreiben der Metallindustrie für den Bezirk Leipzig:

Verband der Metallindustriellen im Bezirk Leipzig e. V.

Beschluss der außerordentlichen Hauptversammlung vom 11. November 1919. Auf Grund der Höchstlöhne im Julivertrag und der jetzt vereinbarten Zuschläge (vergl. Spalte 3 in Ziffer 8 des neuen Tariffs) ergeben sich für die hochbezahlten Lohnarbeiter folgende Stundenlöhne: (Folgen im Rundschreiben die Löhne.)

Es ist in der Hauptversammlung vom 11. d. M. beschlossen worden, daß an diesen Löhnen unbedingt festzuhalten ist und daß es unzulässig ist, diese Löhne je nach der betreffenden Berufs- und Altersklasse zu überhöhen, wie auch andererseits die nach dem neuen Tarifvertrag sich ergebenden Mindestlöhne bei vollleistungsfähigen Arbeitern nicht unterschritten werden dürfen.

Wenn bei besonders tüchtigen Leuten eine Abweichung geboten erscheint, so muß die betreffende Firma für jeden Mann vorher die Genehmigung des Gesamtvorstandes einholen, der nach Prüfung der Sachlage durch den Gruppenausschuß entscheidet.

Alle Leute, die höher als 3 Mk. im Stundenlohn stehen, sind von den betreffenden Firmen namentlich dem Verband zu melden.

Eine Firma, die den vorstehend wiedergegebenen Beschlüssen zuwider handelt, oder sie in irgendwelcher Form umgeht, insbesondere betreffs der Lohnhöhe, hat für jeden einzelnen Zuwiderhandlungsfall eine Geldstrafe an den Verband zu zahlen. Diese beläuft sich in jedem einzelnen Falle auf 10 Mk. für jeden bei der Firma derzeit beschäftigten Arbeiter.

Bei den Verhandlungen über den Tarif ist ausdrücklich von den Arbeitgebervertretern darauf hingewiesen worden, daß Höchstlöhne oder Normlöhne bei der geradezu sprunghaften Entwicklung der Kosten für die Lebenshaltung nicht in Frage kommen können. Wohl aber haben sich die Unternehmer damit abgefunden, daß nur die Mindestlöhne in den Tarif hineinkamen, die auch ausdrücklich als Mindestlöhne bezeichnet worden sind. Um nun zu erreichen, was ihnen bei den Verhandlungen nicht möglich war, lassen die Unternehmer einseitig Beschlüsse, die die tariflichen Vereinbarungen unwirksam machen. Im Geschäftsleben würden diese, die geschäftliche Abmachungen zu ihren Gunsten illusorisch zu machen suchen, als Betrüger gekennzeichnet. Den Arbeitern gegenüber aber ist alles erlaubt.

Und die „Herren im Hause“? Dieselben Unternehmer, die ihren Arbeitern und Arbeiterausschüssen gegenüber immer betonen, daß sie die „Herren im Hause“ seien, werden, unter Androhung von Strafe, gezwungen, tarifliche Abmachungen, die ihre Organisation aufgehoben hat, nicht einzuhalten. Das kennzeichnet so recht die „Herrenschaft“ jedes einzelnen Unternehmers und sein „Verfügungsrecht“ über seinen Betrieb.

Es kennzeichnet dies Vorgehen des Unternehmerverbandes aber auch trefflich die Moral der kapitalistischen Herrschaft. Die Unternehmer brauchen sich bei einer Methode, wie sie von ihrer Organisation befehligt wird, nicht zu wundern, wenn ihnen von den Arbeitern bei irgendwelchen Abmachungen die Ehrlichkeit abgesprochen wird.

Nach Ansicht der Arbeitervereine sind Tarifverträge nicht dazu da, einseitig von den Unternehmern durchbrochen und illusorisch gemacht zu werden. Man zieht jetzt nur zu Rate, die verstanden müssen, jedes Wort zu drehen und zu wenden, um dem Tarif eine ganz andere Auslegung zu geben. Die Einrichtungen des Tariffs (Schlichtungsausschuß und andere) sollen nur für die Arbeiterschaft hindern sein, während die Unternehmer mit jedem ihrer Herrschaftspunkte durchzuführen wollen. Immer heißt es: Arbeit und nur Arbeit kann und teilt. Aber systematisch wird den Arbeitern das letzte bißchen Lust zur Arbeit ausgezogen. Der Beschluß, keine Lohnzulage zu geben, ist in Gemeinschaft mit der Politik der bürgerlichen Parteien die Parole zum Auslöschung der Arbeiterschaft. So steht die „gemeinsame Arbeit zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens“ aus. Wie wird sie erst aussehen in den vielgepriesenen Arbeitersamstagen?

Das angezogene Rundschreiben und die Reberien der Unternehmer, die Organisation der Arbeiter sei daran schuld, wenn die Arbeiter keine höheren Löhne bekämen, zeigt den Leipziger Metallarbeitern, daß sie alle Ursache haben, ihren Tarifkontraktanten auf die Finger zu zeigen, um ihn auch im Verkehr mit den Arbeitern ein reelles Gebaren anzugewöhnen. Allen Ernüchtert muß aber auch gepreßt werden, daß nach solchen Erfahrungen der Abschluß von Tarifverträgen mit solchen Kontraktanten noch einen Zweck hat.

Deutscher Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Leipzig.

Wieder eine neue Sonderorganisation.

„Reichsverband der Arbeitsnachweisanstalten und Angestellten“ nennt sich das am 12. Dezember 1919 in Magdeburg von 11 Arbeitsnachweisanstalten, darunter 3 Direktoren, 1 Doktor und 2 Vermittlern gegründete Gebilde. Angeblich vertreten diese Herren sämtlich Arbeitsnachweisanstalten und Angestellten in den Provinzen Sachsen-Anhalt, Niedersachsen, Thüringen, Westfalen, Schlesien, Pommern, Ost- und Westpreußen. Von den anwesenden Vertretern der Arbeitsnachweisanstalten Berlin, Leipzig usw., die zwar nicht fern gesehen waren, wurde aber festgestellt, daß von den Industriebezirken und großen Städten besonders alle städtischen, öffentlichen und paritätischen Arbeitsnachweise von dieser Gründung nichts wußten, sie überhaupt nicht benachrichtigt waren.

Es verhält sich eigenartig, wenn man die sogenannten Ziele dieses Reichsverbandes näher betrachtet. Es soll eine Brücke für Beamte werden, um auf diese Weise den für die Gründer managensten Einfluß der freien Gewerkschaften in jeder Weise zu unterbinden. Von Vertretern anderer Arbeitsnachweise, die Mitglieder freier Gewerkschaften sind, wurde darauf hingewiesen, daß es absolut nicht im Interesse der Angestellten und des Arbeitsnachweises liegt, wieder eine neue Organisation zu gründen, da dies nur das Gegenteil von dem, was angeblich die Herrschaften wollen, darstellt (Zusammenfassung der Angestellten). Noch bevor der Reichsverband richtig gegründet ist, haben die Herren bereits ausführliche Vor-

schläge entwickelt, die sie dem Reichsarbeitsministerium imgegend als die Meinung sämtlicher Arbeitsnachweisanstalten unterbreiten wollen. Wir glauben die Gelegenheit benützen zu müssen, die Reichsbehörde und die Öffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen, daß diese Vorschläge im besten Falle von einer ganz geringen Widertheit der Arbeitsnachweisanstalten aufgestellt wurden, ja, daß sie letzten Endes sogar lediglich die Wünsche der Herren Theoretiker, aber nur nicht die der eigentlichen Praktiker berücksichtigen. Von diesem Gesichtspunkt aus gesehen, muß es natürlich dem Reichsarbeitsministerium selbstverständlich sein, daß es in diesen Fragen in erster Linie die alten Erfahrungen der Arbeitsnachweisanstalten und freien Gewerkschaften zu berücksichtigen hat. Auf alle Fälle können die Beamten und Angestellten nicht nachdrücklich genug vor diesem Reichsverband gewarnt werden, da dieser nach seinem ganzen Aufbau die Tendenzen einer gelben Organisation besitzt.

Im allgemeinen sollten sich die freien Gewerkschaften voll darüber klar werden, daß es für sie eine Lebensfrage ist, ihren ganzen Einfluß dahin geltend zu machen, bei der in Kürze bevorstehenden gesetzlichen Neuregelung des Arbeitsnachweises und der Beteiligung der in Frage kommenden vakanten Stellen ein gewichtiges Wort mitzureden. In die Arbeitsnachweisverwaltung und Vermittlung gehören in erster Linie gewerkschaftlich gekaufte Vertreter und nicht vorzugsweise Doktoren und Theoretiker, die sich in diesem Reichsverband einen Halt und eine Stütze schaffen wollen. Als Steigbügel werden von ihnen natürlich die untergeordneten Beamten und Angestellten benützt, wobei es selbstverständlich ist, daß deren persönliche Interessen unberücksichtigt bleiben. Zum Schluß sei noch bemerkt, daß ein mehrfaches Angebot zur Mitarbeit mit den freien Gewerkschaften (Zentralverband der Angestellten) strikte abgelehnt wurde. Für alle Arbeitsnachweisanstalten gilt es, nun die Konsequenzen daraus zu ziehen und sich reslos in der bestehenden Sachgruppe des J. d. N. zu organisieren, um ihre Interessen nach wie vor wahrzunehmen zu lassen.

Zentralverband der Angestellten, Bezirk Leipzig.

Achtung, Tabakarbeiter Leipzigs und Umgebung!

Paul Vereinbarungen zwischen den Organisationen der Arbeiter und der Unternehmer betrogen die Löhne in der Hagenrindindustrie bei Akkordarbeitern bis zum Abschluß des Reichslohntariffs ab 1. Oktober 1919 40 Prozent einschließlich des Grundlohnes; und inwieweit die Grundlöhne erhöht worden, dann sind die Prozente einschließlich des erhöhten Grundlohnes zu zahlen. Ab 1. Jan. 1920 erhalten alle Akkordarbeiter einen weiteren Zuschlag von 20 Prozent des Grundlohnes. Die Kollegen und Kolleginnen der einzelnen Betriebe und die Hausarbeiter werden ersucht, darauf zu achten, daß die genannten Löhne ausgezahlt werden.

Noch immer gibt es Fabrikanten, die ihren Arbeitern sage und schreibe 24 bis 30 Mk. anbieten für 1000 Rollen, Wickelmachen und Wrippen. An die Arbeiter und Arbeiterinnen der betreffenden Betriebe ergeht der Ruf, sich so schnell als möglich dem Deutschen Tabakarbeiterverbande anzuschließen und alle Fabrikanten, die die Vereinbarungen nicht einhalten, sofort der hiesigen Kreisverwaltung zu melden, damit das weitere veranlaßt werden kann.

Deutscher Tabakarbeiterverband, Zählstelle Leipzig.

Die Frankfurter Eisenbahner gegen den Verbandsvorstand.

Frankfurt a. M., 1. Januar. W. L. B. Die hiesigen Vertrauensmänner des Deutschen Eisenbahnerverbandes haben in einer stark besuchten Versammlung dem Berliner Verbandsvorstand Dr. C. E. v. ihr Mißtrauen ausgesprochen, da er eine widersprechende und unentschiedene Haltung in den Tarifverhandlungen mit der Regierung gezeigt habe. Die Versammlung erklärte sich namens der Frankfurter Eisenbahner nicht mit der vorläufigen Regelung der Tariffrage ab 1. Januar 1920 einverstanden und gab in einer Entschließung bekannt, daß sie bis zur Vervollständigung ihrer wirtschaftlichen Lage fortan nur unter strikter Beobachtung der für den Eisenbahnbetrieb gültigen Bestimmungen arbeiten könnten. Die Arbeiter seien entschlossen, falls die Regierung auf ihrem wenig entgegenkommenden Standpunkt beharre, auch von dem äußersten Mittel des Streiks Gebrauch zu machen.

Der Eisenbahnerstreik in Magdeburg beendet.

Magdeburg, 31. Dezember. Der Eisenbahnerstreik ist beendet. Die Arbeit ist in allen Betrieben wieder aufgenommen worden.

Tarifverbindlichkeitsklärung. Der zwischen dem Arbeitgeberverband des Leipziger Großhandels e. V. und dem Deutschen Transportarbeiterverband (Verwaltungsstelle Leipzig) am 1. August 1919 abgeschlossene Tarifvertrag zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für das Marktgeschäft, Fahr- und Lagerpersonal im Großhandel wird für den Großhandel mit Ausnahme des Lebensmittelgroßhandels und Buchhandels gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (Reichs-Gesetzl. Z. 1458) für die Stadt Leipzig für allgemein verbindlich erklärt. Arbeitsverträge in Großhandelszweigen, für die besondere Tarifverträge in Geltung sind, sollen nicht unter die allgemeine Verbindlichkeit. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit dem 15. November 1919.

Tarifverbindlichkeitsklärung. Der zwischen dem Verband der Arbeitgeber der Elektroindustrie in Leipzig, dem Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände, Landesauschuß Sachsen, und der Arbeitersgemeinschaft freier Angestelltenverbände, Ortskartell Leipzig, am 30. Juni 1919 abgeschlossene Tarifvertrag ist für die Stadt und die Amtshauptmannschaft Leipzig ab 1. November 1919 für allgemein verbindlich erklärt worden.

Kleine Gewerkschaftsnachrichten. Die Berliner Buchhändler verwarfen nach einem Referat des Genossen Käring die von den Kommunisten propagierte Betriebsorganisation und erklärten sich für die Umbildung der einzelnen Organisationen zu Industrieverbänden. — Der Verband der Buch- und Stein-druckhilfsarbeiter hält seinen 7. Verbandstag im Juni 1920 in Frankfurt a. M. ab.

Gerichtskal.

Vom Arbeiterschutz auf dem Land.

Das Landgericht Steinfurt hat am 14. Mai v. J. den Arbeiter Julius Rabe aus Volkmann wegen schuldiger Tötung zu einer Woche Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte wurde verantwortlich gemacht für den am 31. Januar 1919 erfolgten Tod des Dienstmädchens Bröselwitz, indem er die Aufmerksamkeit außer acht ließ, zu der er infolge seines Berufs verpflichtet war. Am genannten Tage wurde auf dem Hofe des Angeklagten in seiner Abwesenheit Korn gedroschen mit Hilfe des Dreschkastens, welcher durch das Gabelwerk in Bewegung gesetzt wurde. Die Welle des Wertes lag frei zugange, da der bezugshabende Dolastler kurze Zeit vorher von russischen Kriegsgefangenen zerbrochen worden war. Das Dienstmädchen Bröselwitz stieg mehrmals über die Welle hinweg um einige Schritte zu sparen, wurde aber schließlich von der Welle erfasst und zu Boden geschleudert. Sie erlitt einen Schädelbruch, welcher ihren sofortigen Tod zur Folge hatte. Der Angeklagte wurde zu seiner Entschuldigung ein, daß er verboten hatte, während seiner Abwesenheit zu dreschen. Auch habe er den Zimmermann schon bestellt gehabt, um einen Kasten neu anzusetzen zu lassen. Dieser sei aber nicht rechtzeitig gekommen. Gegen diese Einwendungen lag das Urteil, daß der Angeklagte einen anderen Zimmermann hätte beauftragen oder selbst einen provisorischen Schutzhalm anbringen müssen. Er mußte damit rechnen, daß auch gegen sein Verbot gedroschen wurde, und er konnte die Reigung des Mädchens, über die Welle zu steigen. Die Revision des Angeklagten, welcher die Feststellungen nicht für ausreichend hielt, wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

Von den Wagdeburger Unruhen. Das Landgericht Magdeburg hat am 18. Juli den Aufständischen Albert v. Cieninski und den Schlosser Rademacher wegen Heftigkeit und Unterschlagung zu je 10 Tagen Gefängnis verurteilt, beide jedoch von der Anklage des Landfriedensbruchs freigesprochen. Als am 8. April Unruhen ausbrachen und Menschenmengen sich angeschlossen, um zu plündern, schlossen sich die beiden Angeklagten einem Trupp des Wachregiments an, welcher zum amerikanischen Hotel Kreuz zog. Dort wurden ihnen von Unbekannten einige Tafeln Schokolade angeboten. Die Angeklagten nahmen diese an, hoben sich auch mehrere umherliegende Konservendosen auf und behielten sie für sich. Es handelte sich dabei um Eigentum des amerikanischen Hotel Kreuzes. Die von den Angeklagten gegen das Urteil eingelegte Revision wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

Begen Mordes ist vom Schwurgericht Prenzlau am 6. Oktober der Eisenbahner Emil Damerius aus Pomerandorf (Kreis Randow) zum Tode verurteilt worden, weil er am 25. August in der Nähe von Blankenburg i. Uckermark den Chemiker Cavan aus Pomerandorf durch einige Schüsse ins Ziel versetzt hatte. Die Ehefrau des Getöteten, welche der Angeklagte später heiraten wollte, war ebenfalls des Mordes angeklagt, wurde aber freigesprochen. Die von Damerius gegen das Urteil eingelegte Revision wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

Eine Mutter, die ihre Kinder veräußert. Wegen wissenschaftlicher Versicherung an Eidesstatt ist vom Landgericht Meise am 20. Juni die Rentierfrau Adolfinie Hornig zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Sie war früher mit einem Herrn Stotog verheiratet, der im Jahre 1911 starb. Aus der Ehe waren 6 Kinder im Alter von 16—7 Jahren hervorgegangen, die später bei Verwandten untergebracht wurden. Im vorigen Jahre lernte die Angeklagte den Rentier Hornig kennen und gab ihm gegenüber als „Witwe ohne Anhang“ aus. Es kam schließlich zwischen beiden zum Verlöbnis und zur Eheschließung, nachdem die Angeklagte vor dem Standesbeamten die eidesstattliche Versicherung abgegeben hatte, daß sie keine Kinder aus der ersten Ehe habe. Ihr Mann war später erst enttäuscht, als er den wahren Sachverhalt erfuhr. Gegen das Urteil hatte die Angeklagte Revision eingelegt mit der Behauptung, der Standesbeamte sei keine für die Abnahme eidesstattlicher Versicherungen zuständige Behörde. Das Reichsgericht war jedoch entgegengelegter Ansicht und verwarf die Revision als unbegründet.

11. Quiffung.

Für die Opfer der Revolution gingen beim Bezirksparteisekretariat ein: Bereits quittiert 27 842,46 Mk., Armer Konrad, Feuch 10.—, Von Straßenreinigung, 5. Bezirk 72,70, Silberstein bei 2. 6.—, Dornsch und Privatbeleuchtung, Gaswerke 87,50, Straßenbahnhof, Probstheide 26,25 Mk. Summa 28 084,91 Mk. Schürs.

Briefkasten der Redaktion.

L. B. 100. Wenn Sie 1914 die letzte Zahlung geleistet haben, ist die Forderung Ende 1918 verfallen. Durch Kriegsdienst wird die Verzögerung nicht unterbrochen. Für die geleisteten Zahlungen müssen Sie Luitung vorlegen können.

L. B. 101. Sie können die Anmeldung jederzeit im Parteisekretariat, Tauchaer Straße 10/31, oder beim Genossen Böhm, Wädern, Neuhäuser Straße 284, vornehmen.

Edardsstraße. Es kommt auf die Höhe der Steigerung an. Eventuell müssen Sie sich an das Mietungsamt wenden. — 50 Pfg. für die Parteikasse.

L. B. 88. Das erfahren Sie bei der Steuereinnahme.

L. B. 33. Wenn die Ehe deshalb geschieden wird, können Sie auf Antrag des Ehegatten mit Gefängnis bestraft werden.

Dr. L., Jütau. 1. Wenn die Einschätzung dem damaligen Einkommen entspricht, müssen Sie zahlen. 2. Die neue Adresse ist uns noch nicht bekannt.

L. B. 49. 111. 1. Wenn Sie keinen bevollmächtigten Vertreter haben, ja. 2. Ja. 3. Beantragen Sie unter Hinweis auf das damalige Urteil Abweisung der Klage. — 1 Mk. für die Parteikasse.

H. G., Schönewald. 1. und 2. Die Witwe erbt ein Viertel, die Kinder bekommen drei Viertel des Gesamtvermögens. 3. Darüber entscheidet der Erbschaftsgericht (Bormund, Mutter).

LICHT-SCHAUSPIELHAUS

Vom 2. bis 5. Januar

Das sensationelle Filmwerk

Dr. Steffens seltsamster Fall

Eine unheimliche Begebenheit in 4 Akten.
Aus den Erlebnissen eines Irrnarztes.

Feindliche Reporter

Ein toller Bankstreich in 3 Akten
von Franz Hofer.

Dazu weitere interessante Vorstellungen.

Täglich Anfang 1/8 Uhr. — Sonntags 1/4 Uhr:
Grosse Familien- und Kinder-Vorstellung
mit Extra-Programm.

LEISENBahnSTR. 74 Sch

Achtung!

Leh. 33 401.

Soj-tausch und zable für

Kupfer per kg	11.—
Wessing	6.—
Ant u. Blei per kg	2.—
Meerud p. w	4 50 b. b.
Quappen	kg von 60 an
Zettungen	per kg 86
Bücher	28

(sowie alle anderen Abfälle
zu höchsten Tagespreisen)

Pässler, Kühner Str. 71
Bogislavstr. 10, Deltischer
Str. 4. Händler eig. Preise
Komme auch auswärts und
sohle sofort gegen bar. Alle
Offert. n. Kühner Str. 71.

Kaninfelle bis 12 Mk.

sowie alle anderen Felle
kaufen zu höchsten Tagespreisen

A. Hassmann & Co.,
Ritzschstr. 30, IV.
— Fabrikant. —

Alle Art. rohe Felle für 2 höchst.
Preis Klein, Contobr. 11. 12.

Ziegenfelle bis 133 Mk.

Hasen bis 22 Mk.

Rehe bis 53 Mk.

bis 42 Mk. das Kilo

Kanin ab 18 Mk. das Stück

Katzen bis 19 Mk.

Kalb-felle nach 26.50 p. Pf.

Schaffelle bis 12.50 p. Pf.

Schafwolle per Kilo bis
50.— Markt

für Häute, Harber, Häute,
Kaufwurz bis 5.50 Markt
Samstagsfelle

nach höchste Preise

Blauner,

Relochstr. 39, 11. Tel. 18209
Komme auch nach auswärts.

Alle rohen Felle

kaufen zu höchsten Tagespreisen

Bitterstr. 25. Laden.

Zeitung kg 45 Pfg.

Bücher	kg 40 Pfg.
Schiffchen	Stück 40
Wasser u. Rot-	wasserschalen
Kupfer	kg 13 Mk.
Wessing	7
Blei u. Staniol	4.50
Eisen	50 Pfg.
sowie andere Metalle	und Kumpen zu höchsten Tages-
preis kauf und halt ab	8. Stalnbrecher, Südstr. 29 im Hofe. Telefon 81868

Felle kauft alle

Sorten

Bezahlt die höchsten Preise

Max Knödel, Leipzig,
Gerberstr. 36, 11. Tel. 11448.

Fell-Einkauf

Hassen-
schal-, Ziegen- sowie alle
Art. Felle zu bestmög. Preis.

Albin Wagner, Querstr. 27
Bismarckstr. 2855. 12

Rohe Felle

kauft von Händlern
und Privaten

Ziegen . . . bis 130 Mk.

Hasen Kalbfelle . . . 28 Mk.

Rindfelle . . . 13 Mk.

Kanin . . . 10 Mk. per Stück

Hasen bis 18 Mk. per Stück

Schweißhaare
auch alle Wildwaren
zahlt höchste Preise

Nur Kujawsky,

Leipzig, Uferstr. 4, I. r.

Kanin bis 13 Mk

Wildwaren zu Tagespreisen.

J. Baurisch, Ritzschstr.
Vindemur, Markt 30

Sundorf Str. 11. Laden

Der Jahrmarkt des Lebens.

Ein Roman ohne Neben von William Makepeace Thackeray. Der alte Herr sprach diese aristokratischen Namen mit dem größten Wohlgefallen aus. Wenn er mit einem hochgestellten Namen zusammentraf, sprach er vor ihm und mähordete ihn so, wie es nur reiche Briten können.

denen Dame. Als das Synonym anhielt, wurde mit Beihilfe verschleierter Domeitlen und vier jungen Damen, die im Wagen gelesenen hatten, ein dickes rundes Bündel von Schals und Mänteln herangegenommen. Dieses Bündel enthielt Fräulein Crawley, die sofort die Treppe hinauf und in ein geschütztes Empfangsraum Kranker erwarteten Zimmer und Bett gebracht wurde.

en oder unbedenklich — Freiführung nahe. Das erstere aber schien mir bei dem Patierzperiment vorzuziehen. Ein langer Mensch, dessen Gesicht mir ganz und gar nicht wie das eines Anders vorkam, rollte sich rücklings zusammen, wurde in Tücher gewickelt, in einen offenen Kasten gelegt und oben mit Sand bedeckt. In dieser Verfassung blieb er einige Minuten. Daß der Akrobat herauf noch lebte, sollte ein Faktum sein.

Hain-
straße 19

Licht-UT-Spiele

Riebeck-
Bräu

Täglich bei
Erstaufführung!

ausverkauftem
Hause
Erstaufführung!

Nur für Erwachsene!
Richard Eichbergs großer Sensations-Film:

Sünden der Eltern

Hauptdarsteller:
Bruno Decarli
Lee Pary

Hauptdarsteller:
Violette
Napierska

Ein
soziales
Zeitbild
in
6
Akten



Ein
soziales
Zeitbild
in
6
Akten

„Vetter Fürst“ Lustspiel in drei Akten

Wegen des kolossalen Abend-Andranges bitte
die Nachmittags-Vorstellung zu besuchen!

Gasthof Neureudnitz

Telephon 7138 Stötteritzer Straße 7 Telephon 7138
Allen meinen lieben Gästen, Parteifreunden und Kollegen ein recht **glückliches und gesundes Neues Jahr**, mit der Bitte um glütige weitere Unterstützung wünscht
Familie Reinhold Kresse.

Westend-Hallen

Neu! Freitag ab 8 Uhr
Gr. Ball

Unserer geehrten Kundschaft viel Glück und Gesundheit im Neuen Jahr wünschen
Paul Zschiegner u. Frau Großschneider
Hauptstr. 41.

Ein glütliches frohes
Neujahr
wünschen ihren werlen Gästen
und Bekannten
Ott. Trapp u. Frau
Familie Herrmann.

Unser werlen Kundschaft
die besten Glückwünsche
zum Jahreswechsel
Rich. Müller u. Frau
Thonb. Reichenhainer St. 56

Unserer werlen Kundschaft
die herzlichsten Glückwünsche
zum Neuen Jahr.

Karl Bernstein und Frau.
Schuhgeschäft, Schönfeld.
Allen ihren werlen Kunden
ein glütliches Neujahr
wünschen
Mag. Thierbach und Frau
Vorlth.

Unserer werlen Kundschaft
sowie Bekannten
die herzlichsten Glückwünsche
zum Neuen Jahre!
Paul Kanis und Frau
Produktengeschäft.
E.-Möckau, Wilhelmstraße 25.

Ustoria

Windmühlenstraße 31 — Fernruf 18195/96.
Heute Doppel-Programm!
Erstaufführung!

Henny Borten

Im Pultspiel in 4 Akten:
Die Fahrt ins Blaue.

Wetterleuchten um Mitternacht.

Spannendes Drama in 5 Akten mit
Arla Wiest, Mäge Föng.

Universum

Köplplatz 6 (Kafé Bauer) — Fernruf 18195/96.
Erstaufführung des 4. Teils
des Miefenfilms in 8 Teilen

Die Herrin der Welt: König Matombe.

Drama in 6 Akten mit
Mia Man.

Nur für Erwachsene über 16 Jahre.
Der 3. Teil spielt im Kolosseum, Köplplatz 12-13.
Der 2. Teil im Wintergarten, Eisenbahnstraße 36.

Colosseum

Köplplatz 12-13 — Fernruf 18195/96.
Die Herrin der Welt.
Miefenfilm in 8 Teilen.

Der Rabbi von Kuan-Fu.

Drama in 5 Akten mit
Mia Man

sowie der übrige Spielplan.

Wintergarten

Eisenbahnstraße 36 — Fernruf 18195/96
Die Herrin der Welt
2. Teil:

Die Geschichte der Frau Gregaards.
Drama in 6 Akten
mit
Mia Man.

Der Mitternachts-Affessor
Pultspiel in 3 Akten.

Lindenfels

Karl-Heine-Straße 30 — Fernruf 18195/96.
Der Dieb im Frack!
Sensationelles Detektivbild in 5 Akten.

Ami Zukunft.
Pultspiel.

Knoppchen streikt.
Tollcs Pultspiel.

Lichtspiele Zschocher

Telephon 40960 Inh.: M. Raschke
Dieskaustraße 79.

Ab Freitag bis Montag

Die Vermummten
oder Der Klub der schwarzen Maske
Grosser Sensationsschlag in 5 Akten.

Lotte Neumann

Der Klapperstorchverband
Lustspiel in 4 Akten.

Holzbrennerei im Schwarzwald
Lehr-Film.

Wochentags Einlass 4 Uhr. Anfang 1/5 Uhr.
II. Vorstellung 7 Uhr.

Sonntagnachmittag dasselbe
Programm für die Jugend.

Lichtspiele Zschocher

Dieskaustraße 79. Telephon 40960

Ein frohes Neujahr

wünscht allen geehrten Freunden u. Besuchern
unseres Theaters

Max Raschke und Frau.

Weisse Wand

Heute:

Die Schreckensnacht
im Irrenhause Ivoy.
Grosses sensationelles Drama in 4 Akten.

Ein verliebter Racker
Grosser Lichtspielschlag in 3 Akten.

Luna-Lichtspiele

Lehrtritzsch, Ecke Ratzebach u. Schleibstr.

Vom 2. bis 5. Januar:
Der grosse Monumentalfilm
Jugendliebe.

Ein Spiel von Lieb und Leid.
Filmschauspiel in 6 Akten.
Die Dame mit dem Smaragden
mit Lya Mara.
Sonntag: Jugendvorstellung. Anfang 1/4 Uhr.

Zum Jahreswechsel allen unseren werlen
Gästen, Freunden,
Nachbarn u. Bekannten die besten Wünsche.
sowie Parteigenossen
Restaurant „Zur Schmiede“, Pöhlstraße 3.
Leipzig. Robert Weisner und Frau.

Restaurant und Konzerthaus Kaufhalle, L.-Plagwitz.
Unseren werlen Gästen, Freunden und Künstlern ein
glütliches Neujahr.
Otto Mehnert u. Frau / Walter Tümmel u. Frau.

Meiner werlen Kundschaft
ein gesundes Neues Jahr!
E.-Böhlh. Bruno Heinicke, Zigarrengeschäft.

Zum Jahreswechsel unseren werlen Gästen
die besten Glückwünsche!
Joh. Lehner und Frau
Speisehaus, Zschochersche Str. 71.

Allen Freunden und Bekannten sowie meiner werlen Kundschaft
Herzlichen Glückwunsch zum Neuen Jahre!
Hugo Landmann
L.-Lindenau, Demmeringstraße 163.

Zum Jahreswechsel
die besten Glückwünsche
Conrad Müller, Schkeuditz.

Entferne persönlich unter
voller Garantie
Zätowierungen u. Warzen
täglich von 10 bis 6, Sonntags von 10 bis 1 Uhr.
Cuhler, Reichenhainer Str. 137, I. L., 15 u. 18 halten v. d. Tür.

Zigaretten

Goldmundstück
Orientalischer goldgelber Tabak
250 Mark per 1000
Katharinenstr. 17.
Liefert Zigaretten-
Großhdlg. Leipzig
Telephon 5918

Achtung! Ausschneiden!
Zur Neujahrsmesse bringe ich circa 1000 Stück Bilder
mit und ohne Rahmen, darunter
Kunst- und Deldruckblätter
Eisenreigen, Sommerlust, Paradies deutscher Jungen
und Mädchen.
M. Türpe
Stand an der Markthalle und Hohe Straße 42, Hof.

Tanzschule H. Hohmann

außer eigenem Privat-Saal
bessere Lehr-Säle
Am 3. und 9. Januar
Beginn d. 2. Winterzeitfests.
Honorar mögl. Gewissenh.
Ausbild. Gleich. Anmeld. v.
ein. Tanz u. Herr. n. erbet.
Tele-Wohn. Köpplitz Str. 19
u. 7-7 Uhr, ab 7-9 Uhr-Saal
Burgener Straße 37, sonst
Plagw., Siegelstr. 8, Lab.

Tanz-Schule Max Thiele, Schloßberg

Schloßbergstr. 10. Tel. 40700.
Neue
Tanz-Zirkel
beginnen am
12. Januar 1926 im
Schloß Lindenfels, L.-Plagw.

und am
13. Januar 1926 in der
Gülden Ave., L.-Seilerhaus.
Um recht baldige Anmel-
dung bitte! Max Thiele.
NB. Privat- und Einzel-
unterricht jederzeit.

Tanz-Kursus. Nur
für Anfänger.
Beginn: Mittwoch, d. 7. Jan.,
7 Uhr abends, Keller Friedrich,
L.-Gohlis, Wendefer 24. An-
meldung dort täglich von 7 Uhr
abends an und L.-Möckau,
Vaustr. 9, II. r. Ausbildung
nach leicht fähiger Methode
gründlich. — Honorar gering.

Ziehung 10. bis 13. März
Gold-Lotterie
des Landesvereins
Sächs. Heimatschutz
zu Dresden.
9367 Geldgewinne u. 1 Prämie
ohne Abzug.
Höchstgewinn im günst. Falle
75000 Mark
Prämie: 50000 M.
Haupt- } 25000 M.
gewinne: } 10000 M.
 } 5000 M.

Los 3 M. (Postgold u. Liste
50 Pf.) durch d. Hauptvertrieb
Ad. Müller & Co.
Sächs. Staatslotterie-
Einnahme.
Leipzig, Bühl 10/12.
Postcheckkonto
Leipzig 3844.
Verkaufsstellen
durch Plakate kenntlich.

